

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KÜPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das Ende des Unterstützungsvereins Senefelder. Rundschau. Politische Monatschau. Die Weltfremdheit des Rechts und der Richter, I. Entwicklung und Fortschritt. — **Allgemeines:** Glossen zur Bewegung, IV. Randbemerkungen zum Profit im Steindruckgewerbe. — **Der Lithograph:** Die Bedeutung einer Neuerung in der Technik der Schriftlithographie, I. — **Der Steindruck:** Sonderbare »Tariftreue«. — **Die photo-mechanischen Fächer:** Ein neuer Chemigraphentarif in Norwegen. Aus den Sektionen: Düsseldorf. — **Feuilleton:** An Heinrich von Kleist. Heinrich von Kleist Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Gesperrt:

Altwasser. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. Main. Freiburg i. Schi. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. Saale. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Hofgöhlenau. Höxter. Kempen Rhl. Kiel. Kirchhain N.-L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenruh bei Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln bei Dresden. Nernbach. Niedersiedlitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheyd. Saalfeld. Schleittau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz.

Bei jedem Stellungswechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

Gehren i. Thür. Wegen Anfertigung von Streikarbeit ist Zugang streng fernzuhalten.

Das Ende des

Unterstützungsvereins Senefelder.

Unsere lieben Gelben in Frankfurt haben wirklich Pech. Sie hatten alles so hübsch eingefädelt. Sogar ehe ihr Verein gegründet war, hatten sie sich mit dem Schutzverband schon auf so guten Fuß gestellt, daß es ihnen später wirklich nicht an der nötigen Protektion fehlen konnte. An dieser hat es auch nicht gefehlt. Nicht nur, daß die »Ober-« und »Unterober-« von vornherein in den Verein hinein-kommandiert wurden und auf diese Art und Weise ein Mitgliederstand zusammenkam, der sonst nicht erreicht worden wäre, sondern auch die sonstigen lieben Kinder der Herren Unternehmer — alles was Streikbrecher war — oder werden wollte — mußten in den Verein hinein. Dazu kam dann die Lehrlingsversicherung. Ganz »freiwillig« selbstverständlich traten die Lehrlinge in den Unterstützungsverein Senefelder ein und so wuchsen die Mitgliederzahlen, so daß es nach außen scheinen konnte, als sei die Frankfurter Gründung eine lebensfähige Organisation.

Aber die Lehrlinge verstanden die Wohl-taten nicht zu würdigen. Sobald sie den Zwang abschütteln konnten, wurden sie Mitglieder ihres Verbandes, und der Unterstützungsverein Senefelder hatte von ihnen nichts weiter, als daß er ihnen des öfteren Krankengeld zu zahlen hatte. Dies kränkte ihn natürlich, und daß den Lehrlingen das Krankengeld nicht gezahlt wurde, auf das sie nach dem Statut Anspruch hatten, ist mehr als einmal vorgekommen. Da half ihm wieder der Schutzverband aus dieser Kalamität heraus. Die Lehrlingsorgani-

sation soll in Wegfall kommen, und dafür soll der Unterstützungsverein pro Mitglied einen Zuschuß erhalten, der pro Jahr 6000 Mark ausmacht. Das alles war so schön eingefädelt und sollte so hübsch über die Köpfe der Mitglieder hinweg fertig gemacht werden, daß diese an den Schutzverband verkauft worden wären, ohne es auch nur zu ahnen. Leider spuckte ihm der Verband in die Suppe und mit der Geheimnistuerei war es ein für allemal zu Ende; allerdings auch mit der Mitgliedschaft derjenigen Kollegen, die bisher im »Senefelder« lediglich die Fortsetzung des alten Senefelder Bundes erblickt hatten und ihm deshalb beigetreten waren. Aber was tut das Mögen die Mitglieder auch zum Teufel gehen, wenn den Frankfurtern nur das Wohlwollen des Schutzverbandes erhalten bleibt, dann ist alles gerettet.

Aber auch dieses Wohlwollen ist zu Ende. Der Schutzverband hat einen anderen Weg gefunden, auf dem er dem ihm lästigen Verband unbequem werden zu können glaubt. Schon vor längerer Zeit hat der Kreisvertreter Hyll verlauten lassen, daß ein solches Projekt in der Schwebe sei, aber zu etwas Bestimmten hat sich der Plan erst in der letzten Zeit verdichtet. Jetzt ist er fertig. Der Schutzverband verbreitet schon die Merkblätter betreffend die Gehilfenversicherung, und darauf ist nicht die Rede vom Unterstützungsverein Senefelder, sondern von einer Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf, die in Zukunft die Lithographen und Steindrucker glücklich machen soll.

Nach dem Merkblatt soll die Versicherung bestehen aus Invaliden- und Altersrente, Witwenrente und Sterbegeld. Die Invaliden- und Altersrente soll in garantierter Höhe jährlich 360 Mark betragen, die durch Gewinne auf 480 Mark gesteigert werden kann. Der Rede Sinn ist zwar etwas dunkel; wie die Steigerung durch Gewinne vor sich geht, wird nicht ver-raten. Aber das braucht ja schließlich auch keiner zu wissen; die Hauptsache ist, daß er auf den Leim kriecht und Mitglied wird. Die Witwenrente soll jährlich 150 Mark betragen, und auch sie kann durch Gewinne auf 180 Mark gesteigert werden. Das Sterbegeld beträgt 150 Mark, es erhöht sich auch durch Gewinne. Hier wird garnicht gesagt, bis zu welcher Höhe, wahrscheinlich nehmen die Verfasser des Merkblattes an, daß es den Toten doch nicht mehr interessiert, wieviel seine Hinterbliebenen Sterbegeld erhalten. Ferner ist die Einführung einer Krankenversicherung geplant, und zwar gedenkt man für den Krankheitstag 2 Mark Unterstützung zu zahlen. Dieses Projekt ist aber vorläufig noch nicht aus dem Stadium der Verhandlungen herausgekommen; man ist sich noch nicht ganz einig geworden, wie man die Arbeiter am besten schröpfen kann.

Es soll keineswegs bestritten werden, daß man den Lithographen und Steindruckern ganz ansehnliche Leistungen in Aussicht stellt. Aber der hinkende Bote kommt nach. Es sind nämlich auch Beiträge zu zahlen, und diese werden abgestuft nach dem Lebensalter, welches der Eintretende erreicht hatte, als er Mitglied

wurde. Aus dem Merkblatt geht hervor, daß der billigste Wochenbeitrag allein für Invaliden- und Witwenrente und Sterbegeld 1.28 Mark ausmacht. Dann muß man aber schon mit 20 Jahren Mitglied geworden sein. Wer diesen günstigen Zeitpunkt versäumt hat, muß etwas mehr in die Tasche greifen. Wer z. B. 30 Jahre alt war, muß pro Woche 1.91 Mark bezahlen; wer 40 Jahre alt war, 3.09 Mark und wer bis zum 50sten Jahre wartete, 3.60 Mark. Zum Trost für die älteren Kollegen sei aber gesagt, daß versprochen wird, daß für die Gehilfen über 40 Jahre eine einheitliche Jahres-prämie vorgesehen werden soll, damit sie nicht zu hoch wird. Dafür sollen aber dann auch die Renten entsprechend gekürzt werden. Wer sich daneben noch der geplanten Krankenversicherung anschließen will, muß außerdem 56 Pfg. Beitrag leisten, wenn er bis zum 30., 60 Pfg., wenn er vom 31. bis 40., und 65 Pfg., wenn er vom 41. bis zum 50. Lebens-jahre der Kasse beiträgt; ältere Mitglieder scheint man überhaupt nicht aufnehmen zu wollen. Diese Sätze gelten nur für Lithographen; für Steindrucker sollen sie noch wesentlich höher sein und je nach dem Lebensalter, in welchem der Eintritt erfolgte, 63, 69 und 77 Pfg. wöchentlich betragen. Je nach dem Eintritts-alter würden also allein für Invaliden- und Witwenrente, Kranken- und Sterbegeld im niedrigsten Falle 1.84 Mark, im höchsten 4.37 Mark aufzubringen sein! Dafür bleibt dem Arbeiter aber der Trost, im Falle der Arbeitslosigkeit, auf der Reise, beim Umzug usw. keinerlei Unterstützung zu erhalten, da derartige Unterstützungs-zweige nicht vorgesehen sind. Ein weiterer Trost ist der, daß es so aussieht, als wollten die Prinzipale die Hälfte der Beiträge zahlen. Denn es wird auf dem Merkblatt auch ausgerechnet, daß, wenn der Prinzipal die Hälfte zahle, auf den Gehilfen nur so und soviel entfalle.

Verschiedene Druckereibesitzer haben den Köder auch schon ausgeworfen und haben ihre Gehilfen mit dem Plane beglückt. In einem geradezu bettelhaften Tone werden sie angefleht, zu den Fleischtöpfen Aegyptens zurückzukehren. Sie meinten es ja so gut, die Herren Druckereibesitzer. Die Gehilfen haben es bloß bisher nicht gewußt oder doch kein Verständnis dafür gehabt.

Ob wirklich ein Gehilfe auf diesen Leim geht? Wir glauben es nicht. Selbst der, der nicht voll solidarisch fühlt, und der der Organisation lediglich der Unterstützungseinrichtungen wegen angehört hat, wird dies nicht tun. Gerade diese Kategorie rechnet in der Regel am besten. Und diese Kollegen werden sehr rasch zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß das Geschäft, das ihnen hier die Steindruckereibesitzer anbieten, ein sehr schlechtes Geschäft ist. Denn selbst wenn die Druckereibesitzer die Hälfte der Beiträge übernehmen, haben die 35 Jahre alten Kollegen ohne Krankenversicherung für ihren Teil soviel zu zahlen, als jetzt der Verbandsbeitrag ausmacht, und im Verband wird neben der Invaliden- und Witwenunterstützung doch auch noch Kranken-

unterstützung, Arbeitslosen-, Reise- usw. Unterstützung gewährt. Die Sache ist also schon von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ein herzlich schlechtes Geschäft. Aber dazu kommt etwas anderes, nämlich, daß, wenn jetzt der Prinzipal auch die Hälfte der Beiträge zahlt, bei einem Konditionswechsel der neue Prinzipal diese Verpflichtung sicher nicht übernimmt, so daß dann die ganze Beitragslast auf den Schultern des Arbeiters ruht. Auch während der Zeiten der Arbeitslosigkeit hat der Arbeiter den gesamten Beitrag zu zahlen.

Wir sind aus diesen Gründen schon davon überzeugt, daß der Schutzverband und die Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf nicht viel Dumme fangen werden. Aber selbst der, der auf den Leim geht, wird sehen, daß er sich geirrt hat, und daß es nicht so leicht ist, Mitglied der Versicherungsbank zu werden. Nach dem Merkblatt sollen die Renten nämlich gezahlt werden ohne Karenzfrist. Das kann die Vereinsbank natürlich nur, wenn sie durch gesunde und kräftige Leute als Mitglieder aufnimmt. Und wo sind gesunde und kräftige Lithographen und Steindruckere? Höchstens müßten ihnen die Ferien, die sie in den letzten Wochen hatten, so gut getan haben, daß sie sich einigermaßen wohl fühlen. Aber im allgemeinen sorgt schon der Drang und die Hetze in den Geschäften dafür, daß die Gesundheit unserer Kollegen zerrieben wird längst vor der Zeit.

Besonders leid tut uns der Unterstützungsverein Senefelder. Da haben dessen Macher um die Gunst und die Freundschaft der Schutzverbandsleitung geworben, wie die Straßendirektoren, und heimlich hat man im stillen Kämmerlein die schönsten Vereinbarungen getroffen, um den Verein sicherzustellen, der eine Sicherstellung schon deshalb brauchte, weil, wenn es einmal aus Auszahlen geht, sich sofort herausstellen wird, daß er nicht lebensfähig ist. Und wie froh sind die Frankfurter gewesen, als sie glaubten, das Stroh in der Scheuer zu haben. Nun ist alles nichts. Umsonst haben sie sich prostituiert. Der reiche Gönner läßt sie schmählich sitzen. Das ist in Wirklichkeit das Ende des Unterstützungsvereins. Von diesem Schlage erholt er sich nicht wieder, wenn ihm die Gunst der Prinzipale fehlt, dann fehlt ihm die Luft, in der er atmen kann.

Im übrigen sind die Schutzverbandsprinzipale mit diesem ihren neuen Plan zur richtigen Zeit herausgekommen. Richtig insofern, als sie es den Gehilfen damit schriftlich geben, was sie zu leisten imstande sind. Wenn der Unternehmer für den Gehilfen bis zu 1,80 Mk. pro Woche lediglich Versicherungsbeiträge zahlen kann, nur um ihn seiner Organisation abwendig zu machen, dann liefert er dokumentarisch den Beweis, daß er sehr leistungsfähig ist. Die Gehilfen werden sich das merken, und sie werden ihre Forderungen, wenn es gilt, über die Lohnzulagen zu verhandeln, dementsprechend einrichten. Mit dem blödsinnigen Gerede, daß das Gewerbe eine nennenswerte Lohnzulage nicht vertragen könne, können die Unternehmer jetzt nicht mehr kommen. Das ist ein für allemal vorbei.

Aber noch in einem andern Punkte ist die Zeit, in der die Unternehmer mit ihrem Flugblatt herauskommen, sehr günstig gewählt. Die Leitung des Verbandes hat nun neben dem famosen 6000 Mark-Angebot an die Frankfurter auch noch einen andern Beweis für die Vertragstreue der Unternehmer in den Händen. Die Bedingungen, die zwischen der Leitung des Schutzverbandes und der Leitung unserer Organisation abgeschlossen werden, gelten von Organisation zu Organisation. Sie schließen die Anerkennung der beiden Organisationen in sich. Der Schutzverband wird nun doch nicht etwa glauben, daß der Verband der Lithographen und Steindruckere diejenigen Unternehmer, die in der bisherigen Weise für Frankfurt eintreten oder die ihre Gehilfen in die Vereinsversicherungsbank zu Düsseldorf hineinpressen wollen, für vertragsstreu hält? Wenn es zu Verhandlungen kommt, wird, das mag

der Schutzverband sich gesagt sein lassen, kein Hehl daraus gemacht werden, daß solche Unternehmer sich außerhalb der Bedingungen stellen, und daß der Verband sich ihnen gegenüber die Hand freihalten wird. Es war schon bisher ein Schauspiel für Götter, daß derselbe Schutzverband, der von unserer Organisation die Einhaltung der Bedingungen verlangte, das Recht zu haben glaubte, seine Frankfurter Schützlinge begünstigen zu können. Sein neues Vorgehen setzt dem aber die Krone auf. Unsere Organisation wird sich entsprechend zu verhalten wissen. hm.

Rundschau.

Eine interessante Kontraktbruchklage wegen Verweigerung von Streikarbeit hatte kürzlich das Berliner Obergericht zu entscheiden. Die Firma Zoeke & Mittmeyer in Berlin einigte sich, wie die meisten anderen Berliner Lohndruckereien, mit der Organisation am 25. September 1911 dahin, daß sie keine Streikarbeit anfertigen lassen wolle. Eingegangene Verpflichtungen, die vor dieser Zeit lagen, wurden dadurch erfüllt, daß die angefangenen Auflagen fertig gestellt wurden. Trotz dieser Vereinbarung verlangte der Inhaber dieser Firma von unseren Kollegen die Anfertigung von Streikarbeit für die Firmen W. Hagelberg-Berlin und Wahler & Schwarz-Stuttgart mit der Begründung, daß hier kontraktliche Verpflichtungen vorlägen. Die Organisation veranlaßte die Einstellung der Arbeit und berief sich darauf, daß diese Arbeiten als Streikarbeit zu betrachten seien und die Firma daher die Vereinbarung nicht eingehalten habe. Der Inhaber der Firma, Herr Zoeke, klagte nun vor dem Gewerbegericht wegen Kontraktbruch, da diese Arbeiten von ihm nicht als Streikarbeit angesehen werden könnten. Im Termin vom 4. November entschied das Gericht einstimmig auf Abweisung der Klage, da sich der Inhaber der klagenden Firma verpflichtet habe, keine Streikarbeit zu verlangen. Da die Organisation Herrn Zoeke das Resultat der Verhandlung schriftlich bestätigt hatte und der Inhaber die Richtigkeit nicht bestreiten konnte, hatte das Gericht darüber zu entscheiden, ob die verlangten Arbeiten als Streikarbeit anzusehen seien. Da dies bejaht wurde, erfolgte Abweisung der Klage. Die Firma hatte also mit dem Versuch, ihre Verpflichtung zur Nichtanfertigung von Streikarbeit zu umgehen, keinen Erfolg.

Der Leipziger Steindruckereihilfsarbeiterrat vor dem Zivilgericht. Als unsere Leipziger Kollegen am 8. September ihre Kündigungen einreichten, nahmen die Unternehmer bekanntlich unter dem Hilfspersonal viele Kündigungen vor. In diesen Massenkündigungen sahen die Hilfsarbeiter, den Bestimmungen des Tarifs entsprechend, eine Verletzung des Tarifvertrages, und auch sie kündigten nun in größerer Anzahl und erklärten den Tarifvertrag für aufgehoben. Darin erblickten die Unternehmer einen Tarifbruch und strengten vor dem Landgericht in Leipzig Klage an auf Einhaltung des Tarifvertrages durch die Arbeiter; ferner verlangten sie Schadenersatz. Im ersten Termin vor dem Landgericht erhob der Vertreter der Hilfsarbeiter den Einwand, daß das Zivilgericht für die Klage nicht zuständig sei, da im Tarifvertrage die Beschränkung dieses Rechtsweges ausgeschaltet sei. Das Gericht verwarf die Verhandlung zum 8. November. In dieser neuen Verhandlung wies nun die 10. Zivilkammer des Landgerichts in Leipzig den Einwand des Hilfsarbeiterverbandes zurück. Es entschied, daß die ordentlichen Gerichte zur Entscheidung der Frage, ob die von den Arbeitern angegebene Tarifgemeinschaft fortzusetzen sei, zuständig sind. Das Landgericht erklärte sich somit für kompetent, über den Fortbestand der Tarifgemeinschaft eventuell zu urteilen. Gegen diese Entscheidung wird die Organisation der Arbeiter Berufung beim Oberlandesgericht einlegen.

Die Zahl der Tarifgemeinschaften Ende 1910 bezifferte sich nach dem vierten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ auf 8293 (Ende 1909: 6667) Tarife in 173727 (188783) Betrieben für 1361086 (1399774) Personen. Im polygraphischen Gewerbe bestanden Ende 1910: 84 (Ende 1909: 69) Tarife in 9586 (9130) Betrieben für 86339 (80711) Personen. Bei nur annähernder Zählung der dasselbe Tarifverhältnis betreffenden Tarifverträge und deren Einordnung unter die der Betriebszugehörigkeit der umfabrierten Arbeiter entsprechenden Gewerbebezeichnungen ergeben sich insgesamt 3756 im Jahre 1910 begonnene Tarifgemeinschaften in 73204 Betrieben für 735360 Personen; für das polygraphische Gewerbe im besonderen 26 begonnene Tarifgemeinschaften in 129 Betrieben für 2682 Personen.

Im Holzgewerbe Hamburgs ist jetzt ein schwerer Kampf, der 33 Wochen dauerte, mit einem Erfolge der Arbeiterschaft beendet worden. Auf Veranlassung der beiderseitigen Zentralvorstände fanden Ende Oktober in Berlin erneute Einigungsverhandlungen statt, zu deren Führung die zentrale Schiedskommission für das deutsche Holzgewerbe berufen wurde. Die örtlichen Parteien waren durch je drei Vertreter anwesend. Es fand eine Einigung

zwischen den Parteien selbst nicht statt, worauf die zentrale Schiedskommission einen Schiedsspruch fällte, welcher sich erstreckte auf die Bestimmungen des paritätischen Arbeitsnachweises, auf Arbeitszeit, Arbeitslöhne, Akkordtarife, Montagezuschüsse usw. Nach dem Schiedsspruche bleibt der paritätische Arbeitsnachweis obligatorisch, so wie er vor dem Kampfe bestanden hat. Die Arbeitszeit wird um eine Stunde wöchentlich ab 1. Oktober 1912 verkürzt; die Löhne steigen bis zu 6 resp. 7 Pfg. pro Stunde innerhalb der Vertragsdauer. Der Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1915. Am 3. November fanden in Hamburg die Versammlungen der Unternehmer und der Arbeiter zu gleicher Zeit statt, um zu dem Resultate der Schiedssprüche Stellung zu nehmen. Beide Versammlungen stimmten dem Schiedsspruche zu, so daß am 6. November die Arbeit aufgenommen werden konnte. Der paritätische Arbeitsnachweis begann sofort seine Tätigkeit. Große Opfer haben die Holzarbeiter und ihre Organisationen bringen müssen, und auch jetzt noch sind etwa 1000 arbeitslose Holzarbeiter in Hamburg vorhanden, da in letzter Zeit viel Arbeit nach auswärts vergeben wurde, aber trotzdem haben die Streikenden einen schönen Sieg errungen. Der Verlauf des Kampfes hat den Holzarbeiterverband seiner Aufgabe vollständig gewachsen gezeigt, so daß man ihm und speziell seinen Mitgliedern in Hamburg für ihre mustergültige Ausdauer und Disziplin alle Anerkennung zollen kann.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt am 7. November im Hotel Adlon zu Berlin seine diesjährige Delegiertenversammlung ab, auf der auch die preussische Staatsregierung durch einen Geheimrat aus dem Handelsministerium vertreten war. In seinem Jahresbericht nahm der Generalsekretär Regierungsrat Dr. Schweighofer entschiedene Stellung gegen die Politik des Hansabundes, der ihm zu arbeiterfreundlich ist, ferner gegen die Verabschiedung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes, und endlich zur Marokkokfrage, in der die Regierung, unbesorgt um die Folgen, die härter zureifen sollen. Hauptsächlich schrie er aber nach einem wirksamen „Schutze der Arbeitswilligen“; dabei führte er aus: Der Gewerbekongress zu Dresden hat gezeigt, welcher Wille zur Macht in diesen Organisationen steckt. Die Opferwilligkeit der Arbeiter soll auch für die Arbeitgeber ein Ansporn zum Ausbau der Organisation sein. Die englischen Ausstände haben gezeigt, wie schwere soziale Erschütterung einen Kulturstaat treffen kann. Es ist daraus der Beweis zu ziehen, daß die Einigungsämter nicht dem sozialen Frieden dienen, sondern eine Quelle von Unzufriedenheit sind und von den Arbeitern, wenn ihnen der Schiedsspruch nicht paßt, einfach beiseite geschoben werden. Unseren Regierungsstellen sollte daraus die Erkenntnis erwachsen, daß derartige Maßnahmen nicht geeignet sind, den sozialen Frieden zu wahren und daß es notwendig ist, besondere Maßnahmen zu treffen gegen den immer rücksichtsloser auftretenden Terrorismus. Der Schutz der Arbeitswilligen wird immer dringender. Erfreulicherweise ist das Vorgehen des Zentralverbandes auch vom bayerischen Industriellenverband unterstützt worden. Eine Debatte über die Berichterstattung fand nicht statt. Die Versammlung war mit Herrn Schweighofers Rede voll und ganz einverstanden. Neben zwei Resolutionen, die sich für ein „einiges Zusammenarbeiten der Industrie“ und gegen den Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte aussprechen, gelangte folgende, einen stärkeren „Schutz der Arbeitswilligen“ fordernde Resolution zur Annahme: „Angesichts der immer drohenden werdenden Gestaltung der Arbeitskämpfe und des immer rücksichtsloseren Machtgebrauches der Streikgewerkschaften erachtet der Zentralverband Deutscher Industrieller es für unbedingt erforderlich, daß die Verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch dafür Sorge tragen, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter vor dem Terrorismus dieser Partei und ihrer Organisationen zu bewahren. Der Erlaß derartiger gesetzlicher Maßnahmen liegt im eigenen Interesse der Arbeiterschaft wie im Interesse der staatlichen Ordnung. Die schrankenlose Weiterentwicklung des sich ständig verschärfenden Klassenkampfes wird der Industrie die Aufgabe, der nationalen Wohlfahrt zu dienen, immer mehr erschweren, wenn nicht eines Tages ganz unmöglich machen.“ Es genügt, diese Ausführungen und Beschlüsse tiefer zu hängen, um den Widerstand der Arbeiter gegen diese Erdrosselungsforderungen der Scharfmacher neu zu beleben.

Die staatliche Arbeitslosenversicherung soll in Finnland eingeführt werden. Wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtet, ist dem finnischen Landtage ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Einführung einer Arbeitslosenversicherung unter Gewährung staatlicher Beihilfen bezweckt. Der Entwurf setzt Selbstversicherung der Arbeiter voraus und verspricht den Arbeitslosenklassen aus öffentlichen Mitteln die Bezahlung der halben Verwaltungskosten und eines Drittels der Unterstützungssumme. Während sich die deutschen Staaten der Arbeitslosenversicherung gegenüber bisher ablehnend verhalten haben, geht man im rauen Norden schon mit praktischen Versuchen vor. Die Wilden sind doch bessere Menschen.

Eine Arbeiterrechtsbeilage wird dem Korrespondenzblatt vom nächsten Jahrgang ab monatlich beigegeben werden. Darin sollen die Gebiete der Arbeiterversicherung, des Arbeits- und Dienstvertrages und der gewerblichen Rechtsprechung, des Strafrechts, des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts und des bürgerlichen Rechts im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung, ferner das Zivil- und Strafprozeßwesen eine ihrer wachsenden Bedeutung für die Gewerkschaftspraxis entsprechende erhöhte Würdigung aus sachverständigen Federn erfahren. Diese Rechtsbeilage wird allen Empfängern des „Corr.-Bl.“ zugehen.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 11. November 1911.

Ende des Marokkorummels: Marokkoabkommen, Kongoabkommen; Reichskanzler kontra Heydebrand; Italienische Grenz in Tripolis; Protestbewegung des internationalen Proletariats; Reichstagswahlen in Konstanz-Ueberlingen, Landtagswahlen in Elsaß-Lothringen; in Oldenburg.

Der Marokkorummel ist zu Ende. Der Reichstag hatte von Ende Oktober bis zum 7. November eine zehntägige Pause, und während dieser Zeit ist der Marokko- und Kongovertrag zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs endlich zustande gekommen.

Nach der amtlichen Veröffentlichung über das Marokkoabkommen hat die deutsche Regierung der französischen Regierung „volle Bewegungsfreiheit für Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung und für die in Marokko vorzunehmenden Reformen jeder Art“ zugesichert. Die französische Regierung soll, wenn erforderlich, marokkanisches Gebiet militärisch besetzen dürfen. Die französische Regierung ist die Verpflichtung eingegangen, keinerlei Ungleichheiten zwischen den in Marokko Handel treibenden Nationen zuzulassen, weder in bezug auf Zölle, Steuern und andere Abgaben irgend welcher Art, noch bei den Tarifen über die zukünftigen Eisenbahnen, Schiffe und andern Verkehrsmittel. Die Staatsangehörigen der verschiedenen Länder sollen unter keinen Umständen verschiedenartig behandelt werden. Handelsgleichheit soll herrschen; die Politik der „offenen Tür“ soll zur Geltung kommen. Frankreich vertritt Marokko auch gegenüber dem Ausland. Die französische Regierung soll sich bemühen, die Erschließung Marokkos zu erleichtern und den freien Wettbewerb zu ermöglichen. Eine Garantie gegen Rechtsbeugungen zugunsten der Franzosen soll die Einsetzung eines Schiedsgerichtes bieten.

Dafür erhielt Deutschland „Kompensationen“ am Kongo. Ueber dieses Kongoabkommen wird offiziell mitgeteilt, daß Deutschland bedeutende und wertvolle Länderanteile längs der ganzen Grenze seiner Kamerunkolonie, außerdem zwei Landstrecken, die Deutschland den Zugang geben zu den Ufern des Kongo und des Ubangi, erhalten soll, um ihm zu ermöglichen, dort alle zur Schifffahrt erforderlichen Einrichtungen anzulegen. Dagegen tritt Deutschland das kleine Dreieck zwischen Lagona und Chori bis zu deren Zusammenfluß südlich des Tschadsees ab. Im übrigen enthält der Vertrag auf Gegenseitigkeit beruhende Bestimmungen über Handelsfreiheit, Durchzugsrechte, Befugnisse über Weiterführung von Eisenbahnen usw. Man hat also das deutsche Kolonialwesen ausgetastet, und der deutsche Michel wird bald die „Freude“ haben, nicht nur neuen Belastungen, sondern auch neuen Kolonialgefahren ausgesetzt zu sein.

Die Hauptsache bleibt allerdings, daß das frevelhafte Spiel mit dem Feuer endlich beendet ist, ohne daß es zu der von den Kriegshetzern erhofften und von den Friedensfreunden befürchteten Explosion kam. Die Kriegsgefahr, die monatelang über zwei Kulturnationen schwebte, ist endlich beseitigt. Damit sind aber die Kriegshetzer ganz und gar nicht einverstanden, und der konservative Führer v. Heydebrand gab seiner Mißstimmung, daß es nicht zu dem erwünschten großen Adelsaß kam, in der Reichstagsitzung vom 9. November unverhohlen Ausdruck. Diese Kritik an seinem Werk konnte der Reichskanzler, der bisher den Junkern und ihrem ungekrönten König Heydebrand auf den Pfiff parierte, nicht auf sich sitzen lassen. Auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Und so machte denn der Reichskanzler seinem lange aufgespeicherten Oll über alle Schindludereien, die die Junker bisher mit ihm getrieben hatten und die von ihm geduldet hingenommen worden waren, einmal gründlich Luft in einer Rede, die ihm das Junkertum niemals vergessen wird. Er brandmarkte die gewissenlose Friedensgefährdung und die frivole Wahlmagie, deren sich der junkerliche Redner schuldig gemacht hatte, in einer Weise, die nur durch den Mut der Verzweiflung zu erklären ist. „Um utopistischer Eroberungspläne und um Parteizwecke willen aber die nationalen Leidenschaften bis zur Stiedehitze zu bringen — meine Herren, das heißt, den Patriotismus kompromittieren, ein wertvolles Gut vergeuden!“ — so rief er den konservativen Junkern zu, die Patriotismus und Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen haben wollen. Die Abrechnung mit Heydebrand war gleichzeitig eine Abrechnung mit dem Kronprinzen, der von der Hofloge des Reichstages aus die Heydebrandsche Brandrede lebhaft applaudiert und damit in offener Weise gegen die Politik der Reichsregierung demon-

striert hatte. Der Kronprinz hat sich am zweiten Tage der Marokkoverhandlungen nicht mehr im Reichstage sehen lassen; er hatte inzwischen auch von anderer Seite die notwendige Zurechtweisung erhalten. Man mag in jeder anderen Frage dem Reichskanzler als schärfster Gegner gegenüberstehen — am 10. November hat er zweifellos, vielleicht zum ersten Male, der großen Masse des deutschen Volkes aus dem Herzen gesprochen, als er in der schärfsten und unzweideutigsten Weise gegen die frivole Kriegstreiberei des Junkertums Stellung nahm.

Während so die Kriegsgefahr wegen Marokko endlich aus der Welt geschafft ist, dauert der italienische Raubkrieg in Tripolis fort. Allerdings hat er in letzter Zeit für die räuberischen Prählanse eine sehr ungünstige Wendung genommen. Es steht fest, daß die Italiener unter schweren Verlusten zurückgeworfen und daß einige Forts von Tripolis von den Türken eingenommen worden sind. Ueber hunderttausend Araber sollen im siegreich fortschreitenden Kampfe gegen die Eindringlinge stehen. Sie sind entflammt, das Äußerste zu tun zur Rettung ihres Vaterlandes. Haben sie es doch mit einem Feinde zu tun, der, obwohl er sich auf sein „Christentum“ beruft und eine „Kulturmacht“ repräsentieren will, nicht davor zurückschreckt, in Tripolis die schrecklichsten Grausamkeiten zu begehen. Die Araber, die in Verteidigung ihres Vaterlandes den Italienern in die Hände fallen, werden von diesen hingerichtet; selbst Frauen und Kinder werden nicht verschont, förmliche Massakres werden unter den Gefangenen veranstaltet. Eine schauderhaftere blutige Verhöhnung der Humanität und des Völkerrechts ist kaum jemals dagewesen.

Das muß die Arbeiterschaft aller Länder an ihre kulturelle Pflicht mahnen, dem Aufrufe des internationalen sozialistischen Bureaus entsprechend mit aller Entschiedenheit zu protestieren gegen die Politik der Gewalt und der Barbarei, sich zu vereinigen gegen den Krieg, zu manifestieren für den Frieden, für die Abrüstung und für die Solidarität der Völker. Auch die deutsche Sozialdemokratie gibt mit der ihr eigenen Energie diesem Aufrufe Folge; bereits haben in vielen Städten des Landes imposante Massenkundgebungen im Sinne des Aufrufs stattgefunden, deren Eindruck allerdings nur moralischer Art sein wird. Von einem Eingreifen der Mächte zugunsten der Türkei und des Friedens ist noch immer nichts zu merken. Besonders England scheint eine höchst verdächtige Rolle zu spielen. Um so mehr ist es Pflicht des internationalen Proletariats, allem kriegerischen Unheil und aller weiteren Kriegsgefahr ein „Bis hierher und nicht weiter“ zuzurufen.

Endlich wurde jetzt der Termin für die Reichstagswahlen bekanntgegeben; sie wurden auf den 12. Januar 1912 anberaumt. Die Abrechnung mit den Raubrittern und den Scheinheiligen ist also in greifbare Nähe gerückt. Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß sie sich vernünftig gestaltet.

Wie in Düsseldorf, so hat das Zentrum auch in Konstanz-Ueberlingen einen Vorgeschmack dessen bekommen, was seiner am 12. Januar 1912 wartet. Während es das Düsseldorfer Mandat bei der Nachwahl an die Sozialdemokratie verlor, wurde ihm das Konstanzer Mandat durch die Liberalen abgenommen. Bei der Hauptwahl am 19. Oktober erhielten der Zentrumskandidat 13457, der liberale Kandidat 12370 und der sozialdemokratische Kandidat 3384 Stimmen. Bei der Hauptwahl im Jahre 1907 wurden für das Zentrum 14327, die Liberalen 8596 und die Sozialdemokraten 2565 Stimmen abgegeben. Die Stimmen des Zentrums sind demnach gegen 1907 um 870 Stimmen zurückgegangen, während die Liberalen 3774 und die Sozialdemokratie 819 Stimmen gewannen. Bei der Stichwahl erhielt der liberale Kandidat 15113, der Zentrumskandidat 14046 Stimmen, so daß der Wahlkreis dem Zentrum glatt verloren ging. Weitere werden folgen!

Am 22. Oktober fanden auch die ersten Wahlen in Elsaß-Lothringen statt, das in diesem Jahre endlich eine Verfassung erhielt. Gewählt wurden 5 Sozialdemokraten, 19 Zentrumsabgeordnete, 9 Abgeordnete vom Lothringer Block und 2 Liberale. Es wurden 25 Nachwahlen notwendig, für die Sozialdemokraten und Liberale eine Vereinbarung getroffen hatten. Die Nachwahlen am 29. Oktober hatten folgendes Ergebnis: 6 Sozialdemokraten, 6 Zentrümern, 1 vom Lothringer Block, 10 Liberale und Demokraten und 2 Unabhängige. Wenn auch das Zentrum die stärkste Partei ist, so ist es ihm doch nicht gelungen, die Mehrheit zu erlangen, obwohl in diesem Lande die Bevölkerung zu über 80 Proz. katholisch ist. Immerhin wird man abwarten müssen, wie sich der Lothringer Block verhalten wird, denn wenn dieser sich möglicherweise mit dem Zentrum zusammenfindet, so ergibt schon dies eine Mehrheit. Es ist aber doch eine sehr bemerkenswerte Verschlebung nach links eingetreten, denn im früheren Landesauschuß gab es nur 7 Liberale und keinen Sozialdemokraten. Das Ergebnis der Wahlen bedeutet also einen annehmbaren Fortschritt.

Einen schönen Erfolg errang die Arbeiterpartei auch in Oldenburg, in dessen Landtage bisher nur 4 Sozialdemokraten saßen. Jetzt wurde nach einem neuen Wahlrecht gewählt, das allerdings doch noch verschiedene Uebelstände enthält. So ist es immer noch insofern ungleich, als es älteren Wählern sogenannte Pluralstimmen zugestuft. Auch kann man erst nach dreijähriger Wohndauer in Oldenburg das Wahlrecht erwerben. Trotzdem errangen bei den

Hauptwahlen am 29. September die Sozialdemokraten von 45 gleich 6 Mandate und weitere 6 kamen noch bei den Nachwahlen hinzu, so daß der Landtag aus 12 Sozialdemokraten, 14 Freisinnigen, 6 Nationalliberalen, 9 Zentrumsmitgliedern und 4 Büdlern besteht.

Die Weltfremdheit des Rechts und der Richter.

Offenbar wachsen die sozialgeistigen Erscheinungen aus den sozialen Zuständen heraus und diese wiederum sind das Erzeugnis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Wirtschaftsweise ist der Untergrund, auf dem sich die soziale Gliederung eines Volkes in einer bestimmten Zeit aufbaut und diese soziale Gliederung spiegelt sich wieder in den sozialen Ideen oder sozialgeistigen Erscheinungen. Aendert sich nun im Laufe der Zeit der wirtschaftliche Unterbau der Gesellschaft, so schiebt sich natürlich auch der soziale Ueberbau und als selbstverständliche Folge davon gestaltet sich auch der soziale Ideeninhalt um. Daraus erklärt sich, daß sich das wirtschaftliche, soziale und sozialgeistige Leben der Menschen in einer fortwährenden Umwandlung befindet. Allerdings vollzieht sich diese Umgestaltung nicht Zug um Zug, also gewissermaßen nach Schema F, sondern es bedarf manchmal langer Zeiträume, ehe sich der sozialgeistige Inhalt der Gesellschaft den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen angepaßt hat. Gerade in sozialistischer Beziehung hängen die Menschen sehr am alten und darum stoßen wir manchmal auf soziale Ideen, die einer längst überwundenen Periode angehören, die gleichsam als Versteinerungen in die neue Zeit hineinragen. Diese Menschen leben dann in einem Gedanken- und Vorstellungskreise, dem der materielle Nährboden fehlt; sie sind weltfremd und haben die Fühlung mit der lebendigen Gegenwart verloren; sie verstehen die Welt nicht mehr und die Entwicklung geht über sie zur Tagesordnung über.

Unter allen sozialgeistigen Erscheinungen sind es besonders zwei, die das lebhafteste Interesse jedes Menschen erregen, der mit offenen Augen durch die Welt geht: das Recht und die Moral. Sie sind, wie heutzutage eigentlich jedes Kind wissen sollte, nicht etwa vom Himmel heruntergefallen oder aus der Hand eines allweisen Gottes hervorgegangen, sondern sie sind lediglich den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen entsprossen. Sie spiegeln wider, wie die Menschen arbeiten und ihre Bedürfnisse decken, wie sie Natur- und Arbeitsprodukte untereinander verteilen, wie sie ihre Tätigkeit und ihre Persönlichkeit bewerten, kurz, sie sind Widerspiegelungen des menschlichen Lebens. Noch heute können wir aus den Moralbegriffen und Rechtsbestimmungen einer früheren Zeit die damalige Wirtschaftsweise und soziale Gliederung deutlich erkennen. Aendern sich nun die wirtschaftlichen und sozialen Zustände, so muß sich natürlich auch Recht und Moral wandeln und in der Tat beobachten wir bei einer Wanderung durch die Menschheitsgeschichte auf Schritt und Tritt diese Umwandlung der moralischen und rechtlichen Anschauungen. Wir modernen Kulturmenschen haben natürlich eine ganz andere Moral und ein ganz anderes Rechtsbewußtsein als die Angehörigen einer ursprünglichen Menschenhorde oder als die Glieder einer mittelalterlichen Feudalgesellschaft. Nur weltfremde, entwicklungsfeindliche Leute wiegen sich in den Wahn ein, sie könnten an unser modernes Tun und Lassen die moralischen und rechtlichen Maßstäbe vergangener Zeiten legen. Wer den modernen Kapitalismus an der Moral der Bergpredigt Christi messen wollte, der würde ein ebenso seltsames Hohngeächel hervorrufen, als wenn er die Rechtsanschauungen eines antiken Sklavenhalters oder eines orientalischen Sultans auf unsere heutige Gesellschaft übertragen wollte. Andre Zeiten, andre Sitten, andre Zustände, andre Rechtsbegriffe — diese Wahrheit ist wohl unbestreitbar.

Wenn wir für heute das Gebiet der Moral, so interessant dies Thema auch ist, beiseite lassen und uns auf das Gebiet des Rechts beschränken, so geschieht dies deshalb, weil letzteres Gebiet für uns Gewerkschafter mehr praktische Bedeutung hat und weil die Rechtsnot unserer Zeit geradezu zum Himmel schreit. Das Rechtsbewußtsein des modernen Proletariats empört sich über die zahlreichen Rechtsbeugungen und Rechtsverletzungen, die die heutige, kapitalistisch versenkte Rechtsprechung zu Tage fördert. Der freie, gleichberechtigte Arbeiter, der sich als Bürger des modernen Rechtsstaates fühlt, wird in seinem Rechtsgefühl aufs tiefste gekränkt, wenn er immer wieder sehen muß, wie er ein Opfer der Klassenjustiz wird und wie man ihn als Menschen mindern Rechts behandelt; er empfindet es als grimmigen Hohn, wenn der Staat das gleiche Recht für alle als Grundgesetz verkündet und als Symbol die Göttin der Gerechtigkeit über die Türen der Gerichtsbauten stellt. Die Ueberzeugung, daß man ihm Unrecht tut, wirkt auf den Arbeiter der Gegenwart wie ein Stachel im Fleische, wie ein Gift, das in seinem Innern wütet. Diese Ueberzeugung häuft immer neuen Zündstoff zwischen Staat und Proletariat, sie ist die eigentliche Quelle der Staatsfeindschaft der Sozialdemokratie.

Wie jeder Kenner proletarischer Literatur weiß, ist das kämpfende Proletariat unparteiisch genug,

die offenbar vorhandene Klassenjustiz nicht auf den bösen Willen der Richter zurückzuführen, sondern auf den Mangel an praktischer Erfahrung und auf den Einfluß der Umwelt. Die Richter stehen dem wirklichen Leben zu fern und sie sind zu sehr mit den Anschauungen ihrer Klasse verwaschen, als daß sie das nötige Verständnis und die wünschenswerte Objektivität besäßen, um dem Rechtsbewußtsein der Arbeiter gerecht zu werden. Darum forderte man die Hinzuziehung von Laienrichtern und in der Tat wurden auch besondere Gerichte geschaffen, sogenannte Gewerbegerichte, um diesem Uebelstande abzuhelfen. Erklärlicherweise überwiegt auch in diesen Gerichten der Einfluß des Berufsrichters, da diesem die endgültige Entscheidung zusteht, wenn sich die Anschauungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer gegenüberstehen. Daraus ergibt sich nun ganz von selbst, daß diese Entscheidung kritisiert wird und daß die unterliegende Partei das Urteil schilt. In den letzten Jahren ist es in der Unternehmerpresse Brauch geworden, die Gewerbegerichtsvorsitzenden zu verdächtigen, daß sie vorwiegend zugunsten der Arbeiter urteilen und die Rechte der Unternehmer verletzen. Sie seien weltfremd und hätten keine Kenntnis von dem, was das Wirtschaftsleben fordere, und außerdem seien sie von einem falschen Mitgefühl mit den „Enterbten und Entrechteten“ hecseil. So schrieb die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ erst kürzlich: „Nach Maßgabe der vorliegenden Erfahrungen glauben viele Arbeitgeber sich zu der Behauptung berechtigt, daß die Gewerbegerichtsvorsitzenden im großen und ganzen geneigt sind, aus Rücksicht der „sozialen Gerechtigkeit“ den Arbeitnehmer gewissermaßen bevorzugen, d. h. also vom Standpunkt des formalen Rechts abzuweichen zugunsten der grundsätzlichen Zubilligung mildernder Umstände speziell an die Adresse der wirtschaftlich schwächeren Partei. Ein Verdacht, der gerade durch die Äußerungen einer ganzen Reihe von Gewerbegerichtern selbst nicht unwesentlich unterstützt worden ist. Diese an sich höchst unjuristische Voreingenommenheit nun ist aber tatsächlich nichts anderes als eine Folge der Unfähigkeit der betreffenden richterlichen Beamten, sich auf Grund vorurteilsfreier Erwägung der sozialen Zusammenhänge ein wirklich zutreffendes Bild von dem obwaltenden Sachverhalt zu machen. Haben die Herren doch ihre juristische und volkswirtschaftliche Bildung zum großen Teil von den Verfechtern der katholisch-sozialistischen Weltanschauung gezogen; sie haben in sich aufgenommen, was die Brentano, Somhart, Naumann usw. in peinlicher Verquickung von Forschung und Hypothese, von Wissenschaft und Politik zur Erhärtung der Notwendigkeit beibrachten, die Rechtprechung nicht mehr als Ding an sich gelten zu lassen, sondern sie in willkürliche Beziehung zu setzen zu der Stärke der vom Rechtssuchenden im wirtschaftlichen Kampf eingenommenen Position. Derart liegt die Befürchtung also nahe genug, daß die Arbeitgeber sich nicht ganz ohne Grund über die Voreingenommenheit mancher Gewerbegerichter zu ihren Ungunsten beklagen. Der Umstand aber, daß die Voreingenommenheit vielfach dauernd fortbesteht, anstatt einer größeren Objektivität der Auffassung Platz zu machen, ist eben darauf zurückzuführen, daß es den betreffenden richterlichen Beamten in der Tat an der ausreichenden Berührung mit der Praxis des erwerbstätigen Lebens fehlt: sie sind und bleiben weltfremd.“

Hier machen wir die eigenartige Beobachtung, daß Unternehmer und Arbeiter durchaus einig sind über die Weltfremdheit der Richter, daß ihre Ansichten aber diametral auseinandergehen über die Folgen dieser Weltfremdheit. Während die Arbeiter meinen, daß die Berufsrichter ihnen nicht gerecht würden, weil sie weder die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung kennen, noch einen Einblick gejan hätten in die Seele des modernen Proletariats, sind die Schaffmacher überzeugt, daß dieselben Richter Fehlurteile fällen, weil sie keine Berührung hätten mit der Praxis des erwerbstätigen Lebens und weil sie unter dem Einfluß der Sozialideologien und Kathedersozialisten ständen. Welche Anschauung auch die richtige sein mag — es gibt in der Tat Beispiele, die die eine und die andere Auffassung bestätigen — immerhin ist die angebliche oder wirkliche Weltfremdheit der Richter eine Erscheinung, die zu denken gibt. Das Recht ist ja nichts Starrs, Unabänderliches, sondern etwas Lebendiges, das von der Entwicklung befruchtet und getragen wird. Daraus folgt mit Notwendigkeit, daß die Personen, die dazu berufen sind, das Recht zu finden und das Recht zu sprechen, untertauchen müssen in den Strom des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, daß sie sich nicht einkapseln dürfen in verkochte Paragraphen, sondern daß sie sich umspielen lassen müssen von den Fluten der modernen Weltanschauung.

Entwicklung und Fortschritt.

Die natürliche Entwicklung ist der lebendige Pulsschlag der Weltgeschichte, das lebenswichtige Wirtschaftsgesetz, das aus der kleinsten Keimzelle die stets höher und höher sich vervollkommnenden organischen Gebilde und Formen schafft. Durch den vom Menschen geschaffenen Fortschritt, namentlich durch dessen Intensität im letzten Jahrhundert, ist dieser natürlichen Entwicklung ein starker Helfer erstanden, der die Menschheit ins höhere Kulturbewußtsein hat aufsteigen lassen. Denn das der

Menschennatur innewohnende Widerstreben gegen jeden Stillstand, der in der Folge gänzliche Erstarrung und Unfruchtbarkeit auf allen Gebieten bedeutet, bedingt die Entwicklungstendenz des steten Vorwärtsdrängens, d. h. den Kampf der Ideen gegen die Praxis, des Zukünftigen, Werdenden gegen das Bestehende.

Nun kann man wohl von einer historischen Entwicklung sprechen und von stetig höheren Entwicklungsstufen, deren eine die lange Kettenreihe der fortwährend aufwärtssteigenden Menschheitsentwicklung darstellen und die im großen Ganzen auch einen stetig fortlaufenden Zusammenhang ergeben. Allein bei genauerem Studium der Geschichtswissenschaft wird man auf Perioden aufmerksam, in welchen aus irgend einer der Besonderheit der jeweiligen Zeit entspringenden Ursache die Entwicklung stockte, oder in welchen zwischen fortschreitenden Gebieten andere in der Entwicklung zurückblieben. — Sollte letzteres Merkmal nicht auch unsere heutige Zeit charakterisieren, wo zwischen hohen technischen und kulturellen Fortschritten ebenfalls Nachzüge anzutreffen sind in bezug auf weit zurückgebliebene sozialwirtschaftliche Zustände?

Man hält in gewissen Kreisen sozusagen aus Tradition an der Tradition fest. In übertriebenem Maße handelt man nach alten Wirtschafts-Formeln und Vermächtnissen, deren Voraussetzungen längst geschwunden sind. Der große Wandel in unserm Geistesleben, der Fortschritt auf technischen und wirtschaftlichen Gebieten hat sich in der Wirklichkeit, wenigstens nach unten, wenig Geltung zu verschaffen vermocht. Was an geistigen Zukunftswerten und Formen in der Gegenwart schlummert, kann vor dem Wust vererbter, längst überschrittener Ueberlieferungen nicht aufkommen. Dabei soll keineswegs das wahrhaft Große und Gute, das die Vergangenheit geschaffen und das durch die Zeitläufe hindurch Bestand hat, gelehnet oder heruntergesetzt werden. Zum eisernen Bestand der heutigen Gesellschaft in wirtschaftlicher wie geistig-dogmatischer Beziehung gehören jedoch Dinge, die längst im Lauf der Zeiten an Gehalt und Wert schwere Einbuße erlitten haben oder gänzlich verworrene und verschwommene Begriffe geworden sind.

Jeder ideell und materiell kulturelle Fortschritt bewertet sich in seiner Bedeutung für die Entwicklung allein nach seiner Umsetzung in die allgemeine wirtschaftliche Tat. Die verlangsamte Realisierung neu gewonnener Kulturererbschaften ist einerseits in der häufig auftretenden Wesensart vieler intellektuell phlegmatischer Menschen zu erklären, in denen jener Naturwille der oben erwähnten Eigenschaft, nämlich des Strebens nach stetigem Höherkommen, gänzlich verkümmert scheint und daher unwirksam ist; andererseits sind die in unserm Wirtschafts- und Geistesleben jetzt verflochtenen geistig-dogmatischen Ueberresten eng verbundenen, noch ziemlich lebendigen Kräfte hauptsächlich da in Wirksamkeit, wo es einen wirklichen Fortschritt zu verhindern gilt. Nicht weniger verhängnisvoll für den Fortschritt sind auch jene patriarchalisch-wirtschaftlichen Kräfte, die am liebsten wieder mittelalterliche Rücksandigkeit einführen möchten. Dieses beiderseitige herzliche Einvernehmen dieser Mächte zeigt klar und deutlich ihr Bestreben, alles Altentümliche bis in die „graublaue“ Zukunft zu erhalten. Eine solche Gesinnungs-Betätigung ist aber die größte Sünde wider den Entwicklungsgestalt und zeugt von einer Erbarmlichkeit, die keinesfalls durch die falsche Vorgabe, an der „Beibehaltung historisch-wirtschaftlicher Kräfte“ einerseits und „höherer Ideale für das Volksleben“ andererseits entschuldbar und verzeihlicher wird, vielmehr diese Deckmäntel als solche über den rein egoistischen, selbstherrlichen und gewaltthätigen Motiven zur Genüge erkennen läßt.

Die hermetische Abschließung und die zumeist aus Bequemlichkeit entspringende Abneigung auf Seiten jener geistig phlegmatischen und dogmatischen gegen alles Neugeistige, wie auch die soeben geschilderte sorgfältigste Konservierung „vererbter Rechte“ und „idealer Werte“ schützt jedoch auf die Dauer vor der Durchsetzung neuzeitlichen Geistes bzw. vor Zersetzung und Auflösung hinterzeitlicher Anschauungen nicht. Die Reaktion gegen die Forderungen der Zeit löst nur eine größere Aktion von der ersten Seite aus, deren verstärkter Durchschlagskraft die schärfsten Bajonetten und dicksten Hinterwälderschädel nicht Stand zu halten vermögen.

Das gesteigerte Kulturbewußtsein der Gegenwart verlangt auf allen zurückgebliebenen Gebieten Abwandlung oder gänzliche Beseitigung der vielen lebensfremden Einrichtungen, die nur mehr lose mit dem Leben zusammenhängen, verlangt Aenderungen und Reformen, um die neugewonnenen geistigen und wirtschaftlichen Potenzen in lebendig-wirkende Realitäten und gebesserte Zustände umzusetzen. Was die Allgemeinheit des Volkes, nicht bloß die privilegierten Sonderklassen, sich an höheren geistigen und materiellen Lebensgütern in bezug auf ein verbessertes Schul- und Bildungswesen, bessere Lebenshaltung, freundlichere Gestaltung des Heims u. a. m. aneignet, wäre nicht hoch genug einzuschätzen, einmal als Selbstzweck im Interesse des Volkes und Staates, und dann im Interesse der Entwicklung überhaupt, die sich damit wiederum dem ihr gesteckten Ziele wesentlich näherte.

Zur Schärfung ihres Kulturgewissens muß deshalb den leitenden Kreisen der energische Hinweis

auf eine geistig-soziale, will heißen neuzeitlichen Geist verwirklichende Sozialforderung suggeriert werden, muß zur Aufhebung gegen jede Rücksandigkeit unseres Staats- und Wirtschaftslebens seitens aller freiheitlich und fortschrittlich Gesinnten aufgefodert und der scharfe Kampf gegen jedwede natürlichen wie widernatürlichen Hemmnisse und Hindernisse aufgenommen werden. Die kräftigsten Anstöße nach dieser Richtung werden immer von dem Appell an den Einzelnen zur eigenen geistigen Weiter- und Höherbildung, in Summa von einer höherentwickelten, kulturell-einsichtigen und klar-denkenden und darum die Uebel erkennenden und bekämpfenden Masse ausgehen. Denn das öffentliche Leben muß, von höherem Geiste inspiriert, notgedrungen einer Mehrheit von Einsichtigen und Fortschrittlichen folgen, bzw. es überwindet dann durch deren Mithilfe leichter die Widerstände. Ein impulsiver Drang zur Selbstförderung und Emporentwicklung vermag auch dem Fortschritt der neuen Lebens- und Wirtschaftsformen besonders förderlich zu sein; denn schon die edle Begeisterung und Propagierung großer und guter Ideen vermag eine Wirkung von praktischem Nutzen auszulösen, indem die Erörterung und Diskussion wertebegender Gedanken oftmals den Plan zu ihrer Verwirklichung liefert. Zuletzt ist der große Wert des eigenen Höherkommens und der Hinaufpflanzung nicht zu unterschätzen in der natürlichen Folge für die kommende Generation, bei welcher die geistigen und wirtschaftlichen Neuformen unmittelbare Gestalt annehmen und in allgemeine Verwendung kommen sollen.

Wird nach letzteren Gesichtspunkten das Gesetz der Menschheitsentwicklung und der Gedanke der Fortschrittsförderung von jedem Volksgenossen unterstützt, leitet so jeder sein Kräftefeld zum großen Entwicklungsstrom, in dem dann die neuen Gedanken- und Ideenrichtungen zusammenlaufen, so wird dieser, breiter und breiter werdend, die lange für unzerbrechlich gehaltenen alten Dämme und Bestände in nicht allzu ferner Zeit unterwühlen und überschwemmen, um ins Reich des wirklich tätigen Fortschrittsinns zu führen. Adolf Blum.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Glossen zur Bewegung.

IV.

Folgendes Sympathie-Telegramm übermitteln uns die italienischen Kollegen aus Novara:

„Den deutschen Kollegen in ihrem Kampfe brüderlichen Gruß mit der Versicherung unserer vollen Anteilnahme. Sektion Novara der Federazione Litografici Italia.“

Die Situation hat sich in der letzten Woche wenig verändert. In der Hamburger Schutzverband-firma *Bauk & Pudbrese*, die bis jetzt nicht mit ausgesperrt hatte, haben die Kollegen selbst die Kündigung eingereicht (es handelt sich aber nur um drei Steindruckere) und in Berlin ist die Firma *Selmar Beyer* dem Schutzverbande beigetreten und hat am 11. November ihre 39 Gehilfen gekündigt. Das ist die ganze Herrlichkeit, durch die der Wunsch des Schutzverbandes, den Kreis der am Kampfe beteiligten Gehilfen so groß als möglich zu sehen, seiner Erfüllung noch lange nicht näher kommt.

Die Streikenden und Ausgesperrten stehen nach wie vor einig und geschlossen zusammen, von dem festen Willen beseelt, ihren berechtigten Ansprüchen Anerkennung zu verschaffen.

Dagegen machen sich, wie zahlreiche Anzeichen lehren, in den Kreisen des Unternehmertums Ungeduld und Kampfesmüdigkeit geltend. So soll z. B. eine Hamburger Unternehmerversammlung schon am 2. November einen gegenwärtigen Protest gegen die Taktik der Schutzverbandsleitung, den Kampf noch länger hinauszuziehen, beschlossen haben.

Die meisten Unternehmer, denen der Schutzverband mit seiner Bettelei um Hilfe in den Ohren lag, hatten dafür nur ein mitleidiges Achselzucken. Wie die Nichtschutzverbandsmitglieder über die Bettelei und über die Aussperrung denken, beweist der Ausspruch eines norddeutschen Prinzipals, der, als er das Zirkular mit der Aufforderung, sich der Aussperrung anzuschließen, erhielt, äußerte: „Ich bin mit meinen Leuten bis jetzt immer friedlich ausgekommen; der Wisch gehört in den Papierkorb!“. Daß dieser Prinzipal mit seiner Meinung nicht vereinzelt dasteht, lehrt die Tat-

che, daß der Schutzverband, abgesehen von schon genannten Dresdener Firmen, von seiner Seite Sukkurs erhalten hat.

Die Gehilfenschaft hat Zeit, abzuwarten, bis die Häufung der Unzufriedenheit des Unternehmertums mit der Verschleppungstaktik der Schutzverbandsleitung letztere zur Vernunft und Einsicht bringt.

Bis jetzt scheinen freilich einige der größten Vorführer im Schutzverbandsvorstand — die durch ihre Gelbenzucht nicht nötig zu haben glauben, einer Emigrierung den Boden zu ebnen, weil sie bei dem Stillstand der Betriebe ihrer eigenen Konkurrenten ihr Schäfchen am besten zu sichern hoffen — von dieser besseren Einsicht noch sehr weit entfernt zu sein. Geachtet sich doch einer dieser Herren zwei Gezeiten gegenüber, die er durch beträchtliche Anzulagen als Streikbrecher zu gewinnen versuchte, die schnodderige Bemerkung, daß der Schutzverband die Aussperrung noch lange hinhinlegen werde, da unartige Kinder einmal derb züchtigt werden müßten.

Die um eine Hebung ihrer Lage ringende Kollegenschaft wird dem schnoddrigen Herrn Antwort auf seine provozierende Drohung und den unverschämten Vergleich nicht schuldig bleiben. Er gehörte schon 1900 zu den Scharfmachern, für die der Kampf vor 5 Jahren eine derbe Züchtigung geworden ist. Dafür, daß der diesjährige Kampf in derselben Richtung wirkt, wird die kämpfende Gehilfenschaft mit allen Kräften sorgen.

Schließlich wird der Herr mit seinen gelben Rausreißern vielleicht noch einmal ebenso »gute Erfahrungen« machen wie einer seiner Freunde und Kollegen, der auch mit zu den schlimmsten Scharfmachern gehört, weil er ebenfalls seinen Betrieb mit seiner gelben Rausreißerkolonne wildfremd aufrecht zu erhalten vermag. Einer dieser Rausreißer, der ihm schon 1906 gute Dienste geleistet hat, glaubte jetzt die Zeit gekommen, auch eine anständige Abfindung seiner »nützliche Tätigkeit« fordern zu können. Er verlangte daher ein Monatsgehalt von 300 Mark und den Abschluß eines fünfjährigen Vertrages. Diese Begehrlichkeit hat seinen scharfmacherischen Schutzverbändler derselben in Aufregung und Entrüstung versetzt, daß er seinen getreuen Fridolin knall und fall auf's Pflaster setzte mit der Begründung, daß sich von Leuten seines Schlages keine Vorschriften über die Entlohnung für die Rausreißertätigkeit machen lasse. Dieses Urteil erging sich die andern Leute vom Schlage des hinausgeworfenen Rausreißers merken! Es zeigt das ganze Maß von Verachtung, mit der die Unternehmer ihre willfährigen Kreaturen betrachten.

In derselben Richtung sprach sich übrigens auch ein anderer Berliner Unternehmer aus, der mit ausgesperrt hat, weil er es für seine Pflicht hielt, die Parole des Schutzverbandes »recht zu werden, der aber von vornherein darauf verzichtete, seine Gehilfen zum Verrat in ihrer Organisation zu gewinnen. In einer ähnlichen Unterhaltung mit den vor seinem Betriebe stehenden Streikposten erklärte er offen und ehrlich, eine derartige schoffe Handlung sei er keinem Arbeiter zu.

Seine Kollegen in der Schutzverbandsleitung denken darüber anders. Sie fordern zwar von den Unternehmern strenge Solidarität, die Arbeiter suchen sie jedoch durch Bedrohungen und Versprechungen zu verräterischen Lumpen zu machen, um sie dann allerdings auch dementsprechend zu behandeln und zu verachten. Von Leuten dieses Schlages lassen sie sich keine Vorschriften machen!

Nach dem soeben Gesagten ist es verständlich, daß die Unternehmer mit allen Mitteln Streikbrecher anzuwerben versuchen. Da man in den Reihen der Lithographen und Steinschleifer nicht mehr finden kann, weil sich die Schutzverbandschäuflinge alle zu Rausreißern veranlagten »Leute dieses Schlages«

rechtzeitig sicherten und den andern Unternehmern das Nachsehen ließen, sehen sich diese jetzt anderweitig nach dieser raren Ware um. So erschien kürzlich in einem Nürnberger Blatt das folgende Inserat:

»Arbeiter gesucht für dauernd bei hohem Lohn in eine lithographische Kunstanstalt. Bevorzugt werden Steinschleifer, stellenlose Maler und Anstreicher, welche nach einem vereinfachten Druckverfahren sehr schnell vorwärts kommen. Die Stellung ist dauernd und gut. Offerten unter »Dauernd 3165« an die Expedition.«

Jetzt sollen also »stellenlose Maler und Anstreicher« wahrscheinlich zum Lithographieren und Steinschleifen zum Drucken angelernt werden! Wenn es flugs dem suchenden Unternehmer gelingen sollte, einige Rausreißer aus diesen Berufen zu erwischen, so wird auch das Zeug, was er mit ihnen fabriziert, darnach sein. Wahrscheinlich will er damit die »Konkurrenzfähigkeit des deutschen Steindruckgewerbes auf dem Weltmarkt« erhalten und festigen, die ja durch die »unverschämten Forderungen der Gehilfenschaft« so sehr bedroht sein soll. Wir wünschen Glück für die Reise und hoffen nur, daß die armen Reisenden, die das Zeug vertreiben sollen, mit ihren »Kunstprodukten« nicht überall zum Tempel hinausgeworfen werden.

Zugunsten des Schutzverbandes und speziell des *Prinzipals-Vereins »Senefelder« in Hamburg, e. V.*, soweit letzterer durch die Zugehörigkeit seiner Mitglieder zum Schutzverbande an der Aussperrung beteiligt ist, erließ unterm 31. Oktober 1911 der *Arbeitgeberverband Hamburg-Altona* einen Aufruf, in dem alle gegen die Gehilfenschaft und ihre Organisation verzapften und schon zehnmal widerlegten Lügen brav wiedergekauft werden. Wir verzichten darauf, uns mit diesem anrühnigen Zeug noch einmal zu befassen, und wollen nur einen neuen Schwindel tiefer hängen, der uns in dem Zirkular des Hamburger Scharfmacherverbandes zum ersten Mal begegnet. Man behauptet nämlich:

»Die Beratungen (am 15. September D. R.) ließen deutlich erkennen, daß die Gehilfen sich auch zu dem kleinsten Entgegenkommen nicht verstehen wollen, und daß es ihnen vielmehr darauf ankommt, ihre weitgehenden Forderungen in vollem Umfange durchzusetzen, da nach ihren eigenen Angaben das *Internationale Arbeiter-Syndikat* den Ausstand für Deutschland befohlen hat.«

Das ist der Gipfel! Eine derartige unverschämte Lüge hat sogar das Schutzverbandsorgan noch nicht in die Welt zu setzen gewagt. Gegen den Verfasser dieses Satzes sind die Preisfechter des Schutzverbandes noch die unschuldigsten Waisenkinder. Wir beschränken uns darauf, diesen haarigen Schwindel durch den Abdruck dem Urteil der Öffentlichkeit auszuliefern.

Fußend auf dieser Lüge und dem ganzen übrigen Lügenragout wird zum Schluß durch das Zirkular an alle Auftraggeber »nochmals die dringende Bitte« gerichtet, »den im Kampf befindlichen Firmen während der Dauer der Aussperrung jede mögliche Nachsicht und Unterstützung durch Verlängerung der Lieferfristen für schwebende Aufträge zuteil werden zu lassen«. Es muß wirklich traurig bestellt sein um die Aussperrfirmen, wenn man in dieser Weise und mit derartigen Mitteln immer wieder um »jede mögliche Nachsicht und Unterstützung« betteln gehen muß.

Wie das Würzburger Parteiorgan mittelt, leistete sich das von einem Geistlichen als Hauptredakteur und einer Anzahl akademisch gebildeter Zentrumschristen geleitete Würzburger Zentrumsorgan folgende Anpöbelung der in Aschaffenburg ausgesperrten Kollegen, weil sich diese trotz der Aussperrung nicht um ihr Wahlrecht zum Gewerbegericht bringen ließen:

»Bei der Gewerbegerichtswahl war es nicht uninteressant zu sehen, wie die ausgesperrten Lithographen in der Buntpapierfabrik sich das Wahlrecht sicherten. Obwohl sie sich doch sonst eigentlich zu den Künstlern zählen, hielten sie es nicht unter ihrer Würde, am Samstag bei einem hiesigen Lumpensammler in Arbeit zu treten und sich als Lumpen-

sortierer einschreiben zu lassen. Andere traten als Gehilfen beim Konsumverein auf und einer markierte sogar einen Friseurgehilfen. Als er gefragt wurde, was er beim Friseur tue, gab er an, er kehre die Haare zusammen; als ihm bedeutet wurde, daß er im Gewerbe beschäftigt sein müsse, kam er flugs mit der Erklärung wieder, daß er tatsächlich Friseurgehilfe sei. Es scheint, daß sich die Lithographen zu allem eignen, vom Hausburschen bis zum Lumpensortierer.«

Trotzdem auch in Aschaffenburg ein schwarzes Blatt erscheint, hatten die dortigen Gewerkschaftschristen, auf die die Lümmelei zurückzuführen ist, nicht den Mut, sie in letzterem erscheinen zu lassen. Sie sandten sie daher an das Würzburger Zentrumsblatt, das dafür durch die Würzburger Parteizeitung kurz und treffend wie folgt abgeführt wurde:

»An dieser zentriertlichen Lümmelei Kritik üben, würde ihre Wirkung nur abschwächen. Nur tiefer hängen wollen wir sie. Die Lithographen und Steindrucker mögen sich die Notiz gut aufbewahren und sie den christlichen Herren gelegentlich unter die Nase halten, so z. B. bei den Wahlen. Im übrigen mögen sich die Lithographen denken: Denen, die angeblich Gott lieben, müssen alle Dinge zu unserm Vorteil dienen.«

Das Blättchen der Zentrums-gewerkschaft für das graphische Gewerbe entrüstet sich in seiner letzten Nummer darüber, daß wir auf seinen Größenwahn hinwiesen, wegen seiner 3 oder 4 Mitglieder, die in Nürnberg nicht Streikbrecher wurden, ein Mitbestimmungsrecht über unsere Bewegung zu verlangen. Es teilt mit, daß »32 Gehilfen und Hilfspersonal« beteiligt seien. Das ändert an der Tatsache nichts, daß die Zahl seiner beteiligten Gehilfenmitglieder nur 3 oder 4 beträgt und die übrigen 23 oder 29 Beteiligten zum Hilfspersonal gehören, für das der Hilfsarbeiterverband zuständig ist. Die »Christen« haben sich also an die falsche Adresse gewandt.

Randbemerkungen zum Profit im Steindruckgewerbe.

Wenn man einmal eine Berechnung über die Profite der Unternehmer anstellt, so kann man sicher damit rechnen, daß darüber einige Nervosität entsteht. So gerne wie der Unternehmer hohe Dividenden einstreicht, so ungerne spricht er von ihnen. In Geldangelegenheiten hört die Gemütslichkeit auf, er büllt sie in tiefes Schweigen. Zunächst möchten die Steuerbehörden Gebrauch von dem allzu vielen Reden machen. Jedoch diese kann man einigermaßen dämpfen; vielmehr fürchtet man das wachende Auge der Arbeiterschaft. Stammen doch von dieser die weitaus meisten Gewinne, die die Unternehmer machen. Die Arbeiter könnten durch derartige Einblicke zu »anspruchsvoll« werden und auch einen kleinen Anteil verlangen. Das muß verhindert werden!

So ließ denn auch eine Berechnung über den Profit unserer Unternehmer, die in der »Graph. Presse« vor kurzem aufgestellt wurde, dem Unternehmertum keine Ruhe. Die »Neue deutsche Papierzeitung« schrieb Zeter und Mord ob der angeblich unrichtigen Berechnung. Zugleich hebt sie an, dem Steindruckgewerbe ein Klagegeld zu singen. Der Arbeiterschaft aber ruft sie ihr: »Wehe, wehe!« zu. Die Geschäftslage des Steindruckgewerbes, so folgert das Blatt aus den erzielten Profiten, sei »als eine schwierige zu betrachten, welche allen Grund zu Störungen geblieblich vermeiden heißt.« Pardon, wer verursachte Störungen? Wer brach die eingeleiteten Verhandlungen ab? Die also jammernde Unternehmerschaft verursacht diese Störungen selbst!

Aber warum ist die Geschäftslage eine schwierige? Weil nicht in allen Unternehmungen im Steindruckgewerbe eine Dividende von 7 Prozent verteilt wurde, die »hier üblicher Weise gerechtfertigt erscheint.« 7 Prozent ist also der *Mindestprofißatz der Unternehmer!* Wer an diesem Mindestprofißatz rüttelt, schädigt das Gewerbe. Wir hatten nun aber gar berechnet, daß ein durchschnittlicher Profitsatz von 8 Prozent aus den zugrundeliegenden Betriebsergebnissen hervorgehe. Darum soll unsere Berechnung falsch sein. Zunächst dürften die Betriebe mit »Nulldividende« nicht ausgeschlossen werden. Wir haben sie auch bei einer vorangehenden Berechnung mit berücksichtigt und sind dann immer noch zu einem Durchschnittssatz von 5,9 Prozent gekommen. Auch dieses Ergebnis ist immer noch recht sehr beschlich. Wie rechnete aber das Unternehmertum, der Schutzverband, als er unlängst die Beiträge an den Senefelderbund in einem Flugblatt berechnete? Sind hier die Wochen und Monate »mit Null und darunter« entsprechend berücksichtigt worden? O, nein! Hier wäre so das beabsichtigte Resultat nicht zustande gekommen! Man verrechnete die Arbeitslosen- und Krankenwochen und

Monate als voll bezahlt. Damit kam man zu dem zwar unrichtigen, aber nichtsdestoweniger beachtlichen Resultat. Die Nullwochen, Monate und Jahre wurden dort wohl mitgerechnet, aber fälschlicherweise nur dann, wenn es einem hochmögenden Unternehmertum beliebt, und wenn unrichtige Ergebnisse gewünscht werden. Wir hätten die Arbeitslosen- und Krankenwochen wirklich ausschneiden müssen, denn in den wenigsten Fällen sind Arbeitslosigkeit und Krankheit selbst verschuldet. Demgegenüber haben wir nachgewiesen, daß wenigstens ein Teil der Unternehmungen mit »Nulldividende« letztere selbst verschuldet. Beispiel: Kunstdruck-Niederschlitz und Albrecht & Meister-Berlin.

Die »Neue deutsche Papierzeitung« behauptet aber, unser Berechnungsmodus sei durch und durch falsch. Nicht an der Zahl der Aktiengesellschaften, sondern nur an dem Aktienkapital könne der Durchschnittsprofit festgelegt werden. Mag sein. Unvollständig ist die Berechnung, denn die Dividenden sind eben nur ein Teil des Reingewinnes. Man müßte den gesamten Reingewinn in Rechnung stellen, um der Arbeiterschaft den ganzen, von ihr erzeugten Mehrwert aufzuzeigen. Dann käme auch der Reingewinn von Firmen mit zur Berechnung, die, wie die Firma Hagelberg-Berlin, 431002 Mk. Gewinn verzeichneten, aber diesen Gewinn zu Abschreibungen und Tantiemen verwendeten und keine Dividenden zahlten. Man müßte dann wohl oder übel dem Aktienkapital auch den gesamten Reingewinn gegenüberstellen. Manche Firma mit »Nulldividende« würde dann nicht mehr bei den Firmen mit »Nichtgewinn« rubriziert werden können. Hier käme der reine Mehrwert in Frage. Die Dividendenpolitik müßte ausschneiden. Der kapitalisierte Profit würde mit in Erscheinung treten und der graphische Arbeiter würde ein viel klareres und aufreizenderes Bild bekommen.

Der Arbeiter würde dann erfahren, daß die Dividenden nur ein Teil des Reingewinnes sind, daß im Gegenteil der Reingewinn, wie die reichsamtlichen Berechnungen aufzeigen, rund 2 Prozent höher ist als die Dividenden! Wenn aber die Privatunternehmungen noch schlechter rentieren, wie die Aktiengesellschaften, warum verbergen sie denn ihre ungünstigen Abschlüsse so beharrlich, wie die Juden ihr Allerheiligstes.

Innerhalb unseres Gewerbes, in den Zeitungen sowohl, als auch bei privaten Verhandlungen mit den Unternehmern, liest und hört man überall von der ungünstigen Geschäftslage. Die Beschränkung des Auslandsmarktes wird an erster Stelle als Ursache bezeichnet. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Österreich erwiderten die deutsche Hochschutzzollpolitik und beschränkten damit die Einfuhr graphischer Produkte in ihre Länder. Wer waren aber die Haupttreiber in der deutschen Hochschutzzollpolitik? Zunächst die Junker, der Bund der Landwirte! Dann aber auch einige Hauptgruppen der deutschen Industrie. So z. B. der Zentralverband Deutscher Industrieller und eine ganze Reihe weiterer Unternehmerverbände.

Diese Organisationen haben sich, wie auch die Gewerkschaften, zentralisiert. So haben sich die Unternehmerverbände der Rohstoffindustrie und Schwerindustrie vereinigt in der »Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände«. Die übrigen Verbände der weiterverarbeitenden Industrien schlossen sich diesen gegenüber in dem »Verein Deutscher Arbeitgeberverbände« zusammen. Die »Hauptstelle« wird beherrscht von dem berüchtigten Zentralverband Deutscher Industrieller. Da dieser einer der Haupttreiber in der deutschen Hochschutzzollpolitik ist, segelt natürlich auch die Hauptstelle in dem gleichen Fahrwasser. Sie ist also mitverantwortlich für die von Deutschland inaugurierte moderne Wirtschaftspolitik, die dem deutschen Steindruckgewerbe einen großen Teil des Auslandsmarktes entzog. Um so verwunderlicher nun erscheint die Tatsache, daß auch der Schutzverband der Steindruckunternehmer diese »Hauptstelle« unterstützt. Logischerweise mußte er der Vereinigung der Fertigungsindustrien viel näher stehen. Aber seine Stellung ist nur zu erklärlich: Führt nicht der Schutzverband in dem gleichen Fahrwasser, wie der Zentralverband Deutscher Industrieller? Er handelt getreulich nach den hyperreaktionären Maximen eines Bueck, der einst der Beherrscher des Zentralverbandes und damit der »Hauptstelle« war. Man vergegenwärtige sich nun diesen Willens! Lediglich um einen Stützpunkt für ihre reaktionäre Gewerkepolitik zu finden, gliedern sich unsere Unternehmer einer Vereinigung an, die durch ihre Wirtschaftspolitik die Interessen der graphischen Gewerbe mit Füßen tritt. Es ist eine wahrhaft selbstmörderische Politik. Man gibt sich selbst das Wasser ab, lediglich, um sich eine möglichst reaktionäre Rückendeckung zu verschaffen.

Die Kollegen mögen nach alledem selbst beurteilen, welche Berechtigung die steinerweichenden Klagen der Unternehmer haben. Welche Verblendung spricht aus der Gegenüberstellung der bräunlichen schlechten Geschäftslage einerseits und der Stellung unserer Unternehmer zur Wirtschaftspolitik andererseits. Mit welchem Rechte kann bei alledem die »N. d. P. Z.« über die mißliche Lage der Steindruckunternehmer klagen? Die Unternehmer können ja noch nicht einmal ihre ureigensten Interessen wahren!

H. S.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Bedeutung einer Neuerung in der Technik der Schrift-Lithographie.

In seiner Nummer vom 1. Oktober 1911 läßt sich das Deutsche Steindruckgewerbe wieder einmal über die Haltung der Gewerkschaften zur Entwicklung der Technik aus, natürlich in der gewohnten Weise, daß es die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellt. Es behauptet dreist, daß sich dieselben Gewerkschaften, die sich mit so vielem Stolz die »modernen« Gewerkschaften nennen, beim Kapitel »Arbeitsvertrag und Technik« als erreaktionär zeigten. Tauchte irgendein Fortschritt in der Technik auf, sofort kämen die Gewerkschaftsführer und suchten diesen Fortschritt illusorisch zu machen. Jeder derartigen Neuerung werde sofort die gewerkschaftliche Zwangsjacke umgehängt, um den Unternehmern die Möglichkeit zu rauben, sie frei entfalten zu lassen. Dabei sei doch jeder Fortschritt in der Technik immer der ganzen Menschheit zugute gekommen usw.

Wenn man diese Äußerungen liest, möchte man beinahe meinen, daß die edle Kapitalistenzeit kein andres Bestreben hätte, als die Kulturentwicklung zu fördern und der Volkswohlfahrt zu dienen. Wäre es so, wie es das Schutzverbandsblatt hinstellt, dann wäre es freilich unbegreiflich, daß die modernen Gewerkschaften diese Zunft an ihrem Tun zu hindern suchen. Aber jeder Mensch, der die Natur des kapitalistischen Unternehmertums kennt, weiß, daß das Deutsche Steindruckgewerbe in dieser seiner Auslassung arg die Begriffe verdreht hat, daß sich die Sache gerade umgekehrt verhält. Gerade die Gewerkschaften sind es, die sich in den Dienst der Volkswohlfahrtspflege stellen, und umgekehrt ist es die Kapitalistenzeit, die in erreaktionärer Weise jede derartige Betätigung der Gewerkschaften zu unterbinden sucht.

Das Kapitel Volkswirtschaft und Technik von einer höhern Warte zu betrachten, dazu ist das kapitalistische Unternehmertum ja gar nicht fähig. Es läßt sich in allen Handlungen lediglich von seinen Profitinteressen leiten! Das kapitalistische Unternehmertum käme doch mit sich selbst in Widerspruch, wenn es zum Beispiel die Entwicklung der Technik mehr fördern wollte, als dies seinen Profitinteressen dienlich wäre. Es hat sich darum auch stets einem Fortschritt in der Technik nur soweit geneigt gezeigt, wie dies im Interesse seines Profites lag. Um der ganzen Menschheit durch einen Fortschritt zu nützen, hat es noch nie eine solche Neuerung durchführen helfen. Es hat sich im Gegenteil immer dort gegen den Fortschritt in der Technik gestemmt, wo seine eignen Interessen durch ihn gefährdet erschienen. Es ist also nicht wahr, wie manche sagen, daß sich das kapitalistische Unternehmertum die Entwicklung der Technik schon sehr hätte angelegen sein lassen.

Es ist ja eine alte Gepllogenheit des Unternehmertums, daß es seinen Gegenpart immer der Untugenden bezieht, die ihm selbst anhaften. Jeder weiß darum auch, was er von dem Gezeir des Schutzverbandsblattes über die Hemmung der Entwicklung der Technik zu halten hat. Wo die wirklichen Hemmer der Entwicklung der Technik zu suchen sind, darüber lassen ja gerade die jüngsten Erscheinungen im Gewerbeleben niemand mehr im Zweifel. Je mehr der Kapitalismus in Blüte steigt, desto mehr zeigt es sich, daß er selbst das größte Hemmnis der Entwicklung der Technik ist. Kartell- und Trustpolitik und Hemmung des Fortschritts der Technik sind nämlich zwei Dinge, die schon sehr oft Hand in Hand gingen. Gerade das kartellierte Unternehmertum hat es sich schon oft angelegen sein lassen, technische Umwälzungen und Verbesserungen der Produktion zu verhindern, um seine bisherige Profitrate nicht zu schmälern. Man hat zum Schaden der gesamten Menschheit schon die genialsten Erfindungen aufgekauft, um zur Sicherung seiner Profitinteressen ihre Verwertung zu verhindern. So war zum Beispiel auch unlängst in der Hefenindustrie eine Umwälzung der Technik im Gange, die, wenn sie ihre natürliche Entwicklung hätte nehmen können, eine ganz bedeutende Verbilligung der Hefenprodukte hätte herbeiführen müssen. Dies entsprach jedoch nicht den Interessen eines einflußreichen Syndikats dieser Industrie. Um an seiner bisherigen uneingeschränkten Preispolitik festhalten zu können, kaufte es dieses neue Pro-

duktionsverfahren auf und verhinderte seine Anwendung. Hier zeigt sich also eine Unterbindung des Fortschritts der Technik in der schlimmsten Form. Ist es dem Schutzverbandsblatt Ernst mit der Forderung, daß man jede Neuerung in der Technik frei entfalten lasse, so möge es auch seine Tiraden an die richtige Adresse richten. Erreichen würde es damit freilich auch nichts, denn wir wissen, daß eine freie Entwicklung der Technik erst dann einsetzen kann, wenn die Herrschaft des Kapitalismus beseitigt ist und an ihre Stelle die des Sozialismus getreten ist.

Das Interessanteste an diesen Erscheinungen im Gewerbeleben ist, daß gerade aus den Kreisen, die am eifrigsten solche Spekulationstheorien verfechten, am häufigsten die Vorwürfe gegen die Arbeiterschaft erhoben werden, daß sie durch Geltendmachung höherer Lohnansprüche die durch den Fortschritt der Technik gewonnenen Vorteile wieder hinflüßig zu machen suche.

Der Arbeiterschaft zu unterstellen, daß sie den Fortschritt der Technik zu unterbinden suche, ist eine große Verleumdung. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich noch nie gegen einen solchen Fortschritt gestemmt, im Gegenteil, sie war es bisher immer allein, die ihn ernstlich zu fördern suchte. Sie würde ja gegen ihr eignes Ziel verstoßen, wenn sie wirklich so handelte, wie ihr vom Unternehmertum unterstellt wird!

Wenn die Gewerkschaften zu Neuerungen in der Technik Stellung nehmen, so tun sie das hauptsächlich deshalb, um festzustellen, welche Wirkung diese auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse haben. Sie wollen eben verhindern, daß durch solche Neuerungen die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt wird. Dazu hätten sie, dächten wir, doch ein gutes Recht! »Jeder technische Fortschritt ist noch immer der Menschheit zugute gekommen«, so sagt das Steindruckgewerbe. So sollte er wohl sein, aber so ist es bisher noch nie gewesen! Dieser Satz trifft nur zu, wenn in der Menschheit nur das Unternehmertum gesehen wird. Die Arbeiter rechnen sich aber auch noch dazu, weshalb sie sich herausnehmen, dahin zu streben, daß auch ihnen der Vorteil, den jeder Fortschritt der Technik mit sich bringt, mit zugute komme. Bisher hat man ihnen nur seine nachteiligen Folgen zugeordnet.

Auch unsere Kollegen nehmen diese Haltung ein und sie werden sich darin nicht beirren lassen, obgleich das Deutsche Steindruckgewerbe noch so sehr seine Verdrehungskünste dagegen spielen läßt.

Im weiteren wollen wir nun, von den hier niedergelegten Grundsätzen ausgehend, zu einer Neuerung in der Technik der Schriftlithographie, die jetzt bekannt geworden ist, Stellung nehmen und untersuchen, welche Bedeutung sie für uns Lithographen hat.

Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Sonderbare „Tariftreue.“

Was den Unternehmern Tarifgemessenen und Tarifverträge wert sind, lehrt wieder einmal drastisch folgender Fall: Am 4. November suchte die Firma C. O. Röder in Leipzig durch ein Inserat in den »Leipz. Neuest. Nachr.« einen tüchtigen Umdrucker, NV. für ihre Titeldruckerei. Nun stehen aber die Titeldrucker mit unter dem Notendruckerarif. Der Vorsitzende der Prinzipalskommission in der Tarifgemeinschaft ist Herr Carl Reichel, Mitinhaber der Firma C. O. Röder. Die Vertretung der Gehilfenschaft hielt es nun mit Recht für angebracht, die Prinzipalskommission auf das Vorkommnis hinzuweisen, und sandte an deren Vorsitzenden folgendes Schreiben:

»In der Sonnabendnummer der L. N. N. sucht die Firma C. O. Röder für die Titeldruckerei einen tüchtigen Umdrucker NV.«

Da zwischen dem Verein Leipziger Notendruckerbesitzer und dem Verband der Lin. Steindr. u. v. B. Tarifgemeinschaft besteht, muß es doch als eine feindselige Handlung betrachtet werden, wenn eine der Tarifgemeinschaft angehörende Firma Nichtverwandter sucht. Wir erlauben uns deshalb das höfliche Ersuchen an Sie zu richten, uns Ihre Meinung hierüber mitteilen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Die Gehilfenskommission.

I. A.: Felix Pfeiffer.

Dieses Schreiben wurde der Prinzipalskommission, an die es gerichtet war, nicht vorgelegt. Dafür antwortete Herr Carl Reichel, der es in seiner Eigenschaft als Prinzipalsvorsitzender empfangen hatte, postwendend als — Vertreter der Firma C. O. Röder folgendes:

In Erledigung Ihres Schreibens vom 6. ds. an die Prinzipalskommission der Tarifgemeinschaft der Notendrucker erübrigt es sich wohl, dasselbe weitergeben, da Sie doch erst eine Anfrage halten müssen, aus welchen Gründen die Annonce so gestellt worden ist.

Wir teilen Ihnen mit, daß das Suchen eines Nichtverbändlers in der Zeitung mit vollster Absicht geschieht, da wir in der Titeldruckerei nur an vorübergehender Arbeit für einen Mann zu tun haben und er dann von der Lichtdruckerei als Umdrucker übernommen werden soll. Da wir nun nicht wissen, wie lange der Streik anhalten wird, so suchen wir vornherein einen Nichtverbändler zu bekommen.

Hochachtungsvoll

C. G. Röder,
gez. Carl Reichel.

Mit der Tatsache, daß Reichel als Vertreter der Firma C. G. Röder ein Schreiben beantwortet, das für die Firma bestimmt war und das ihr unbekannt wurde, weiß ihr Mitinhaber zufällig gleichfalls Vorsitzender der Prinzipalskommission in der Notendrucker-Tarifgemeinschaft ist, mögen sich die übrigen Mitglieder dieser Prinzipalskommission abmühen, an die das für sie bestimmte Schreiben infolge der Doppelseigenschaft des Herrn Reichel nicht gelangte.

Für uns handelt es sich darum, daß die Titeldruckerei unter dem Notendruckerstand stehen und daß die Firma C. G. Röder diese Tatsache außer Acht gelassen hat, als sie einen Nichtverbändler einzustellen versuchte. Die Sachlage war also so klar, daß eine Anfrage an die Firma vor der Mitteilung an die Prinzipalskommission völlig überflüssig war. Daß der Titeldrucker nur vorübergehend in der Titeldruckerei tätig sein sollte, ändert ebenfalls an der Sache nichts, daß er in dieser Zeit dem Notendruckerstand unterstellt ist. Das Vorgehen der Firma ist also gleichbedeutend mit einer Brückierung des Tarifkontrahenten auf der Gehilfenseite und infolgedessen auch mit einer leichtfertigen Gefährdung der Tarifgemeinschaft überhaupt.

Wenn wir darauf hinweisen, daß die in der Lichtdruckabteilung der Firma C. G. Röder, mit der Herstellung des Farbdruckes auf die Lichtdruckmaschinen beschäftigten organisierten und zum Teil auch unorganisierten Steindrucker am Streik der übrigen Kollegen beteiligt sind, wird das Manöver der Firma allerdings jedem klar werden. Von dieser Mitteilung soll der nichtorganisierte Titeldrucker als Umdrucker übernommen werden! Das Inserat dient also dem Streikbrecher! Die der Notendrucker-Tarifgemeinschaft unterstehende Titeldruckerei wird nach vom Prinzipalsvorsitzenden der Tarifkommission als Zwischenstation für Streikbrecher benutzt! Wie der Herr diese Tatsache mit seiner Treue und mit seiner Eigenschaft als Tarifkontrahent in Einklang bringen will, wird er selbst entscheiden haben. Wir sind überzeugt, daß das ein schweres Stück Arbeit bedeuten wird.

Die photomech. Fächer.

Für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Ein neuer Chemigraphentarif in Norwegen.

Die Befürchtungen, daß es im norwegischen Chemigraphiegewerbe zu einem schweren Tarifkampf kommen werde, waren unbegründet. Die Tarifverhandlungen führten zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Wir lassen den Bericht unseres norwegischen Bruderblattes über die Verhandlungen über den Inhalt des neuen Tarifs hier folgen.

Die Redaktion.

Tarifverhandlungen für das chemigraphische Fach in Christiania.

Der Tarif für das chemigraphische Fach in Norwegen war am 1. Oktober nach vierjähriger Dauer in Kraft getreten. Der Hauptvorstand des Gehilfenverbandes hatte rechtzeitig das Verhältnis gekündigt und dem Prinzipalverband Abänderungsvorschläge unterbreitet. Beide Tarifkontrahenten beauftragten Vertreter mit der Führung von Verhandlungen über den Neuaufschluß des Tarifs. Vom 29. August bis zum 22. September fanden zu diesem Zwecke sieben Sitzungen statt. Nach Überwindung mancher Schwierigkeiten wurde Übereinstimmung erzielt in den Punkten bis auf die §§ 1, 3 und 11, die die Arbeitszeit, den Ueberstundenzuschlag und das Lehrlingswesen betreffen. In Bezug auf diese wichtigen Punkte machten die Prinzipale Abänderungsvorschläge, die natürlich hinter den Gehilfenforderungen zurückblieben. Diese Vorschläge der Unternehmer wurden jedoch in einer Versammlung

der Chemigraphen einstimmig abgelehnt; nur in Bezug auf § 3 (Ueberstundenzuschlag) wurde beschlossen, Entgegenkommen zu zeigen. In der dieser Versammlung folgenden weiteren Verhandlungssitzung hielten jedoch die Unternehmer an ihren Vorschlägen fest, sodaß es aussah, als ob die Verhandlungen scheitern sollten. Am folgenden Tage kam jedoch ein Kompromiß zustande, indem die Prinzipale unsere §§ 1 und 11 (Arbeitszeit und Lehrlingswesen) anerkannten. Das dieses Resultat der Verhandlungen von der Versammlung der Chemigraphen angenommen und von der Filialverwaltung in Christiania sowie vom Hauptvorstand des norwegischen Verbandes gebilligt wurde, ist die Tarifbewegung zur Zufriedenheit der Gehilfenschaft abgeschlossen.

R. K.

Der neue Tarif für das chemigraphische Fach.

§ 1. Die Arbeitszeit darf nicht 48 Stunden wöchentlich überschreiten und wird in die Zeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends gelegt. Wo durchgehende Arbeitszeit besteht, werden die Pausen eingerechnet. Für Gruppe IV (Montierer, Drucker, Fräser) ist die Arbeitszeit 48 Stunden ohne Pausen, wenn die Arbeitszeit durchgehend ist, im andern Falle 51 Stunden.

§ 2. Der Mindestlohn nach beendeter Lehrzeit beträgt 24 Kronen wöchentlich. Der Hauptvorstand kann jedoch auf Antrag den Mindestlohn verändern. Hilfsarbeiter (Gruppe IV), die über 20 Jahre alt sind, erhalten mindestens 20 Kronen wöchentlich.

§ 3. Ueberzeitarbeit wird wie folgt bezahlt: Die in einer Woche gemachten Ueberstunden werden zu dem jeweiligen Lohn für die ersten 8 Stunden mit 25 Proz., für die nächsten 8 Stunden mit 50 Proz. und von der 17. Stunde ab mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt; ebenso beträgt der Zuschlag nach 12 Uhr nachts sowie Sonnabends und Sonntags 100 Proz. Feiertagsarbeit ist verboten. Wenn Lehrlinge, die schon länger wie 3 Jahre gelernt haben, Ueberstunden machen, werden diese mit dem Mindestlohn plus Zuschlag bezahlt.

§ 4. Gesetzliche Feiertage werden voll bezahlt.

§ 5. Jeder Arbeiter, der mindestens ein halbes Jahr in einer Anstalt tätig ist, und nicht ohne Grund fehlt, erhält einen Sommerurlaub von 6 Tagen. Wer jedoch nach der Nutznießung dieses Urlaubs seine Stelle aufgibt, ohne mindestens Dreivierteljahr in dieser geblieben zu sein, hat den ihm während des Urlaubs gezahlten Lohn zurückzuerstatten.

§ 6. Die Lohnauszahlung erfolgt wöchentlich Freitags oder Sonnabends während der Arbeitszeit. Ist der Lohnstag ein Feiertag, dann erfolgt die Lohnzahlung während der Arbeitszeit am vorhergehenden Tage.

§ 7. Die gegenseitige Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Die Kündigung muß schriftlich am Lohnstage erfolgen.

§ 8. Die beiden Kontrahenten verpflichten sich, gemeinschaftlich gegen diejenigen einzuschreiten, die ihre Arbeitspflichten vernachlässigen oder auf andere Art gegen die Verbandsstatuten oder Arbeitsordnungen verstoßen, welche von dem betreffenden Verbande beschlossen wurden oder beschlossen werden.

§ 9. Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichten sich, für Reinlichkeit und Ventilation der Arbeitsräume zu sorgen.

§ 10. Die Berufsangehörigen werden in folgende Gruppen eingeteilt: I. Photographen, Kopierer; II. Aetzer, Graveure; III. Zeichner, Retuscheure; IV. Montierer, Drucker, Fräser. Jeder Arbeiter der ersten drei Gruppen muß entweder ausgebildet sein und mindestens den Minimallohn erhalten, oder er muß Lehrling sein und einen Vertrag auf 5 Jahre abgeschlossen haben.

§ 11. Die Lehrlingskala ist wie folgt: auf 1 bis 3 Gehilfen 1 Lehrling, auf 4 bis 6 Gehilfen 2, auf 7 bis 9 Gehilfen 3, auf 10 bis 15 Gehilfen höchstens 4 Lehrlinge. Falls sich herausstellt, daß die Zahl der Lehrlinge ungenügend ist, können auf Grund des § 15 Ausnahmen zugelassen werden. Die Lehrlinge erhalten folgende Löhne: im 1. Jahr 4, im 2. Jahr 6, im 3. Jahr 9, im 4. Jahr 12, im 5. Jahr 15 Kronen wöchentlich. Die Zahl der Lehrlinge richtet sich nach der Zahl der Gehilfen, die eine Anstalt im letzten Jahre durchschnittlich beschäftigte.

§ 12. Lehrlinge dürfen nur nach vollendetem 15. Lebensjahre eingestellt werden und müssen eine Probezeit bis zu 5 Monaten durchmachen, die in die Lehrzeit einzurechnen ist. Letztere beträgt 5 Jahre. Zwischen dem Lehrling und der Lehrfirma ist ein schriftlicher Vertrag abzuschließen.

§ 13. Will ein Gehilfe zur Verbesserung seiner Verhältnisse seine Stellung wechseln, darf er darin von keinem Prinzipal behindert werden.

§ 14. Firmen, die diesen Tarif anerkennen, verpflichten sich damit, nur Mitglieder des norwegischen lithographischen Verbandes zu beschäftigen. Andererseits verpflichten sich die Mitglieder dieser Organisation, nur in chemigraphischen Anstalten zu arbeiten, die dem Prinzipalverbande angehören.

§ 15. Wenn es sich später herausstellen sollte, daß eine Position dieses Tarifs aus irgend einem Grunde geändert werden muß, dann sind den beiden

Verbandsvorständen entsprechende Vorschläge einzureichen. In beiden Verbänden wird dann darüber verhandelt und die beantragten Änderungen erhalten Geltung, wenn sie in beiden Verbänden mit einfacher Mehrheit beschlossen worden sind.

§ 16. Günstigere Verhältnisse, wie sie der Tarif bestimmt, bleiben unverändert.

§ 17. Dieser Tarif tritt am 1. Oktober 1911 in Kraft und gilt bis zum 30. September 1916. Wird er nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt, gilt er für ein weiteres Jahr.

»Norsk Litografia«.

Aus den Sektionen.

Düsseldorf. Am 2. November fand eine gut besuchte Versammlung statt, die sich hauptsächlich mit der gegenwärtigen Bewegung und der Einführung der Stechuhr bei der Firma Girardet in Essen zu beschäftigen hatte. Die Ausführungen des Vorsitzenden zum ersten Punkt waren allgemeiner Natur und gipfelten in der schärfsten Verurteilung der schäbigen Kampfweise des Schutzverbandes. Die Differenzen in Düsseldorf sind geregelt und die Sperre ist damit aufgehoben. — Nach dem Bericht über die Essener Differenzen, die sich aus der Einführung der Stechuhr in der Firma Girardet ergaben, setzte die Kritik mit seltener Schärfe ein. Den Essener Kollegen wurde allerseits die vollste Sympathie und Unterstützung zugesichert. Die Redner verurteilten das Ansinnen der Firma auf das entschiedenste und erklärten die Kündigung sämtlicher Gehilfen als Tarifbruch. Erst nach Anrufen aller Instanzen durfte die Firma zu äußersten Konsequenzen schreiten. Bevor die Uhr angeschafft war, kannte die Firma bereits den Standpunkt der Gehilfen, die Uhr nicht zu stechen. Trotzdem wurde die Uhr angeschafft und die Gehilfen sollten zum Stechen gezwungen werden. Hier stehen sich in Friedenszeit (Tarifverhältnis) beide Parteien mit gleichen Rechten gegenüber. Die Wage neigt zu den Gehilfen, die sich doch keine Verschlechterungen gefallen lassen brauchen. Aber der Stärkere glaubt sich eben im Recht mit der Begründung: Ich bin Herr im Hause und ihr habt zu parieren. Als eine Verbesserung konnten die Anwesenden die Einführung eines zuchthausähnlichen Kontrollsystems beim besten Willen nicht ansehen. Sie glauben noch organisiert zu sein, um Verschlechterungen abzuwehren, auch wenn es sich um »tariftreue« Prinzipale handelt. Die Versammlung drückte den bei Girardet beschäftigten gewesenen und jetzt entlassenen Kollegen ihre vollste Sympathie aus und gab die Versicherung ab, sie bis zum äußersten zu unterstützen.



Feuilleton.

An Heinrich von Kleist.

Du Herrlicher!

Nur einen Sommertag,

Nur einen hellen Sommertag hindurch
Verlasse deines Himmels goldenen Saal
Und weil' als hoher Gast in unser Mitte.
Mit Rosen wollen wir und Zymbelschlag,
Mit Tanz und Liedern wollen wir dich feiern
An solchem Sommertag, weißt du, an solchem,
Wenn schon wir durch die Morgenröte hören,
Wie draußen jedermann dem anderen ruft:
»Schön Wetter heut.«

Ein Nachtgewitter hat

Das Pflaster und die Gärten abgestaubt,
Der Schmetterling umspielt den Lindenast,
Und glühend trifft der Sonnenkuß die Blumen.
Im frohen Schwung erbeben Herz und Seele,
Das ganze Leben scheint in Fröhlichkeit,
In Lust und Licht, Gelächter hinzutändeln.
An solchem Sommertage schwebt nieder . . .

Das dichteste Gedränge, Kopf an Kopf,
Verengt den Weg, auf dem wir dich erwarten.
Wir alle wollen jenen Dichter schauen,
Der Unvergänglichtes geschaffen hat.
An Fenstern, Söllern prunkt der Teppichschmuck,
Gewinde, Masten, Wimpel, Ehrenbogen,
Allüberall durch alle Straßen fort,
Sind deines Ruhmes der Willkommengruß.
Ich schwenke vor dir her das Siegesbanner.
Die Hälse recken sich: Er ist, er ist!
Und wo du schreitest, schwirren Lorbeerkränze.

In deinen Wolken zögerst du? . . . Wie . . . Lieber . . .
Die Hände hast du über Herz geschlagen,
Das einst die kleine graue Kugel traf.
Und nun . . . die Rechte nimmst du von der Brust
Und zeigt abwehrend ihre Innenfläche
Und wendet langsam dich von uns . . .

Was soll's? . . .

Ah, nun erkenn' ich deine Schmerzgeberde:
Du möchtest nicht zum zweitenmal verhungern
In deinem Vaterlande.

Detlev von Liliencron.
(Aus »Kämpfe und Ziele.«)

Heinrich von Kleist.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Todestages.

Am 21. November sind hundert Jahre verflossen seit dem Tage, an dem sich der deutsche Dichter Heinrich von Kleist am Wannsee bei Berlin erschoss. Körperliche Krankheit, zermürbende Geistesarbeit, schwere Verbitterungen und Enttäuschungen haben den von Rousseauscher Natursehnsucht erfaßten und von den romantischen Stimmungen seiner Zeit erfüllten überreizten Dichter in den Tod getrieben. Sein frühzeitiges Ende hat eine der schönsten und besten Hoffnungen unserer deutschen Literatur mit einem Schlag zerstört.

Am 18. Oktober 1777 erblickte Heinrich von Kleist in Frankfurt a. O. das Licht der Welt. Gleich seinem Vater, einem preussischen Offizier, wurde der Sohn für das Soldatenhandwerk bestimmt. Kurz nach dem Tode des Vaters im Jahre 1788 kam der Elfmährige nach Berlin und in das Berliner Kadettenhaus, um schon im Dezember 1792 als Fünfzehnjähriger dem Potsdamer Garderegiment als Junker zugeteilt zu werden. Er wurde 1795 zum Fähnrich und schließlich zum Leutnant befördert und nahm auch als tapferer Soldat an den Rheinfeldzügen teil.

Aber weder das Kriegshandwerk noch das Garisonleben befriedigten den geistig außerordentlich Regsamen, der infolgedessen im Jahre 1798 den Dienst quittierte, um sich in seiner Vaterstadt dem Studium der Mathematik, Philosophie und Kameralwissenschaft zu widmen. Nach seiner Verlobung siedelte er zur Vorbereitung auf ein Staatsamt 1800 wieder nach Berlin über. Aber auch das Studium einer Brotwissenschaft schaffte seinem reichen Geistesleben keine Befriedigung. Er war sich seiner Dichtermismission bewußt geworden und wollte sich ganz seinem künstlerischen Schaffen widmen. In der Schweiz hoffte der Ratlose die dazu ersehnte Ruhe zu finden. Da seine Braut auf seine Pläne, mit ihm in ländlicher Zurückgezogenheit ein einfaches Leben voll Schaffensfreude und künstlerischer Gestaltungskraft zu teilen, nicht einging, löste er das Verlöbniß und widmete sich in Bern ganz seinen dichterischen Arbeiten.

Der erhoffte Erfolg blieb jedoch aus. Seine Zeit war noch nicht reif und fähig, das Dichtergenie zu erkennen und voll zu würdigen. 1802 kehrte er nach einer schweren Krankheit in sein Vaterland zurück, um nach mannigfachen Reisen durch Deutschland, die Schweiz, Italien und Frankreich im Jahre 1804 eine Beamtenstellung in Königsberg anzunehmen, die er aber, weil sie ihm ebensowenig wie die Offizierslaufbahn innere Befriedigung brachte, bald wieder aufgab. 1807 wurde er von den Franzosen als Gefangener nach Frankreich gebracht, von wo er erst 1808 wieder nach Deutschland zurückkehrte.

Drei Jahre später erfüllte sich sein Schicksal. Die unglückliche politische Lage seines Vaterlandes, die Erkenntnis der geistigen Oede der Offiziers- und Beamtenlaufbahn, die dauernden Mißerfolge als dichterischer Schöpfer, die ihn daran verzweifeln ließen, von seiner Zeit je erkannt und anerkannt zu werden, und die auf ihm lastende materielle Not steigerten die Schwermut, die in seinem ganzen Wesen lag, bis zur Verzweiflung. Und diese zwang ihm die Waffe in die Hand und setzte seinem reichen fruchtbaren Geiste für immer ein Ziel.

Inzwischen hat die Welt seine Größe erkannt. Heute feiert sie ihn als einen der bedeutendsten deutschen Dichter. Besonders wird er als Dramatiker unter die Ersten und Größten unseres Volkes gereiht und unbedenklich neben Schiller gestellt. Ein Schönheits- und Wahrheitssucher von überschäumender Gestaltungskraft, der die realistische Formung seiner von echtem Leben erfüllten Gestalten mit höchster poetischer Schönheit zu verklären vermochte, so tritt uns der Dichter in seinen Dramen entgegen. Menschen von Fleisch und Blut stellt er auf die

Bühne, nicht aber von hohem Pathos geschwollene, schattenhafte Schemen. Die intimsten Seelenregungen weiß er aufzudecken und bloßzulegen. Und so atmet seine Dichtung frischpulsierendes Leben, von Wahrheit erfüllt und von Schönheit verklärt.

Schon im Erstlingsdrama des Dichters »Die Familie Schroffenstein«, das 1801 geschrieben wurde und 1803 im Druck erschienen ist, offenbart sich prächtig seine dramatische Entwicklungs- und Gestaltungskraft. Der Grauenhafte Stoff und seine Behandlung lassen aber auch die krankhafte Stimmung des Dichters erkennen. — In demselben Jahre schrieb er aber auch das 1811 erschienene prächtige Lustspiel »Der zerbrochene Krug«, das in der Gestaltung der Personen und in der gelungenen, herzerfrischenden Komik zu seinen besten Schöpfungen gehört. — Das im Jahre 1808 erschienene nächste Werk »Penthesilia« gehört zu den gewaltigsten Tragödien, die je geschaffen worden sind. Der Stil des Dichters ist in dieser Schöpfung geradezu bis zum Riesenhaften gesteigert. — Lieber ist das 1810 veröffentlichte romantische Ritterschauspiel »Kätchen von Heilbronn«, das von allen Werken Kleists am volkstümlichsten wurde. — Ungefähr zur derselben Zeit entstand die kraftvolle, markige »Hermannsschlacht«, durch die er das deutsche Volk zum Selbstbewußtsein aufzupeitschen suchte. — Ein Jahr vor seinem Tode schrieb er das historische Schauspiel »Der Prinz von Homburg«, das den Dichter als Dramatiker in höchster Vollendung zeigt. Es ist, wie sein Biograph klar hervorhebt, »eine Allegorie im edelsten Stil, denn im Charakterbild des Prinzen von Homburg bildete Kleist offenbar sein eigenes Schicksal ab.«

Als Erzähler hat sich Kleist hauptsächlich durch die Novelle »Michael Kohlhaas« einen geachteten Namen erworben, in der er den Kampf ums Recht eines Bauern der Reformationszeit fesselnd schildert. Das Werk ist den besten deutschen Novellen zuzählen. Trotzdem fand auch diese Schöpfung nicht die wohlverdiente Beachtung und Anerkennung der damaligen Zeit.

Aber was die Mitwelt nicht vermochte: die Größe und Bedeutung des Dichters zu erfassen und zu würdigen, das hat die Nachwelt — leider zu spät! — an seinem Andenken gut zu machen versucht. Sie erkannte den genialen Geistesflug und sie begeisterte und erhebt sich an seinen Schöpfungen, der die Masse der Zeitgenossen des Dichters in stubidem Unverständnis teilnahmslos und ablehnend gegenüberstanden. Besonders aber ehrt das arbeitende Volk in Heinrich von Kleist den genialen Bahnbrecher, Schöpfer und Kämpfer. Möchte es über dem Tode die Lebenden nicht vergessen und möchte ihm das Schicksal des unglücklichen Dichters immer und immer eine heilsame Lehre sein.

P. B.

Vom Büchertisch.

Wissenschaftliche Rundschau. Halbmonatsschrift für die Fortschritte aller Wissenschaften. Herausgeber Dozent M. H. Baeg. Jahrgang 1911/12 Heft 4. Theodor Thomas Verlag, Leipzig.

Die Zeitschrift dient der Förderung des wissenschaftlichen Denkens auf den mannigfachsten Gebieten. Sie kann jedem denkenden und nach umfassender Bildung strebenden Arbeiter zum Abonnement empfohlen werden.

Aus alten Tagen. Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit von Julius Deutsch. (Kleine Bibliothek, Nr. 16.) Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. 96 Seiten 8°. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinsausgabe 50 Pf.

Der Verfasser schreibt in der Vorrede: Die deutsche Wirtschafts- und Kulturgeschichte pflegt in dickleibigen Büchern behandelt zu werden. Die Folge davon ist, daß dieses Wissensgebiet dem Volke fremd bleibt, haben doch die meisten arbei-

tenden Menschen nicht Zeit zu ernstem Studium. Ich habe nun aus der Fülle der geschichtlichen Ueberlieferung einige Kapitel herausgegriffen und trage sie in anderer Form als gewöhnlich vor. Nicht im Kleide erster Gelehrsamkeit, sondern in der losen Hülle leichtverständlicher Skizzen versuche ich soziale Zustände vergangener Tage zu schildern. — Mögen diese anspruchslosen Bilder dazu beitragen, deutschen Arbeitern die deutsche Vergangenheit lebendiger zu gestalten.

Die Geschichte der Erde. I. Wie Berg und Tal entstehen. Kurzer Abriss der dynamischen Geologie. Von R. Bommeli. Mit vielen Illustrationen und einer Karte: Die tätigen Vulkane der Erde. (Kleine Bibliothek, Nr. 15.) Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Stuttgart. 128 Seiten 8°. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinsausgabe 50 Pf.

Das Schriftchen ist eine vortreffliche und gemeinverständliche Einführung in die Geologie. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein orientierender Ausflug. — Die umgestaltenden Wirkungen des Wassers und der Luft. — Die geologische Wirksamkeit der Organismen. — Vulkane. — Erdbeben. — Oebirgsbildung.

Die Lese. Literarische Zeitung für das deutsche Volk. Herausgegeben von Theodor Etzel und Georg Muschner. Erscheint Samstags. Nr. 39—44. Verlag: Die Lese, G. m. b. H., München. Einzelheft 15 Pf. Jahrespreis nebst zwei Jahresbüchern 6 Mk., Vierteljahrspreis 1,50 Mk.

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907—1911. Herausgegeben vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin S. W. 68. 781 Seiten 8°. Preis gebunden 5 Mk.

Das umfassende Werk beleuchtet die gesamte Tätigkeit des aus den Hottentottenwahlen des Jahres 1907 hervorgegangenen und jetzt ablaufenden Reichstages in klarer und scharfer Weise. Keine seiner Sünden an dem Wohle des Volkes wird ihm geschenkt, ruhig und sachlich werden alle Vergehen an den Volksinteressen vor aller Öffentlichkeit bloß gelegt. Darüber hinaus ist aber das Buch zu einer fesselnden Darstellung der gesamten inneren und äußeren Politik der Regierung und der herrschenden Klassen in Deutschland geworden. Den Gewerkschafter werden hauptsächlich die Kapitel über den Arbeiterschutz, das Justizwesen usw. interessieren. Ein gewaltiges Material ist in dem Werk zusammengetragen und ebenso sachgemäß wie übersichtlich verarbeitet, sodaß das Buch zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel im Wahlkampfe ausgestaltet wurde. Jedem Kollegen, der an gemeinsamen politischen und öffentlichen Leben — wie es sich eigentlich für jeden aufgeklärten Arbeiter von selbst verstehen sollte — tätigen Anteil nimmt, empfehlen wir das Buch dringend zur Anschaffung und zum Studium.

Geschichte der Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution von A. Conrady. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. In Lieferungen à 20 Pf., Gesamtpreis 10 Mk. Heft 47 bis 50. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.

Mit Heft 50 liegt das umfangreiche Werk abgeschlossen vor uns. Es behandelt in sieben Kapiteln, die auf zwei Bände von insgesamt rund 800 Quartseiten verteilt sind, die wirtschaftlichen Umwälzungen und revolutionären Bewegungen vom Beginn der Neuzeit an bis zu den Anfängen der industriellen Revolution und ist mit zahlreichen Bildern aus der Zeit illustriert. Die Schreibweise ist bei allem wissenschaftlichen Charakter des Werkes fesselnd und gemeinverständlich, sodaß es jedem Arbeiter und besonders den Arbeiterbibliotheken zur Anschaffung empfohlen werden kann.

■ ■ Stellenangebote ■ ■

Zum sofortigen Eintritt gesucht:
je ein tüchtiger [330]

Metal- u. Positiv- Retuscheur.

E. SCHREIBER, G. m. b. H.,
Stuttgart, Hackstr. 77.

Junger tüchtiger

Kopierer,

perfekt in allen Arbeiten, sowie auf Stein,
sucht sofort oder später Stellung. Off.
erblitt RICH. SCHEIBE, [150]
Liebertwolkwitz bei Leipzig.

Tüchtige Farb-Aetzer

per sofort in dauernde Stellung gesucht.
Brend'amour, Simhart & Co., [150]
München.

Ia. Auto-Aetzer, Nachschneider,

bevorzugt solcher, der im Drucken od.
Fräsen aushelfen kann. Offerten mit
Gehaltsanspr. u. Zeugn. erb. [330]

Albert Wolf, Mannheim.

Tücht. Fräser und Monteur

per sofort gesucht.
Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., [240]
Mannheim.

„ Mehrere tüchtige „ Messingstecher

finden Stellung bei [300]
J. Wartmann, Formstecherei,
Altona, Kl. Gärtnerstraße 134.

Mehrere tüchtige Formstecher

bei gutem Lohn auf dauernde Stellung
sucht [240]

Friedrich Schreiber, Formstecherei,
Hildesheim-Moritzberg

Mehrere tüchtige Messingstecher

werden durch den Arbeitsnachweis
gesucht. C. Schubart,
Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Maschinenmeister,

der auch im Umdruck erfahren, in
dauernde, angenehme Stellung gesucht.
Off. m. Gehaltsanspr. erb. an A. Sprötte,
Steindruckerei, Riga, Kalkstr. 10. [200]

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photochemische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Chiffre-Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme
mehr Die Expedition.

■ ■ Verschiedenes ■ ■

Facbliteratur.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Alois Senefelder und die Erfin-
dung der Lithographie.
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch
Conr. Müller, Schkeuditz.

■ ■ Verbandsnachrichten ■ ■

Bitte um die Adresse von

Wilh. Reinhardt

Schwarzätzter, B.-N. 17536
Die Zahlstelle München II
Chemigraphen.